

AUS DEM ACDP

**20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit:
Die wichtigsten Neuerscheinungen der Gedenkjahre
2009 und 2010**

Manfred Agethen

Bis zu den großen Gedenkjahren 2009 und 2010, die eine Flut von Dokumentationen, von Forschungs- und Erinnerungsliteratur anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr der Friedlichen Revolution in der DDR und der aus ihr sich ergebenden deutschen Einheit erwarten ließen, gab es noch keinen Versuch, diese beiden Vorgänge – oder doch besser: diesen einen Vorgang, weil doch beide unlösbar miteinander verbunden sind – in eine überzeugende, alle wesentlich beteiligten Komponenten integrierende Gesamtdarstellung zu fassen. Bei dieser Feststellung können wir von der Arbeit von Ehrhart Neubert absehen: Sie erschien zwar schon 2008, gehört aber fraglos in den Zusammenhang der Gedenk- und Jubiläumsliteratur der Jahre 2009/2010.¹

Neuberts Werk bildete den Auftakt zu einer Reihe beachtlicher und voluminöser Gesamtdarstellungen, die sehr rasch zu Standardwerken avancierten und deren wichtigste im Folgenden vorgestellt werden sollen. Natürlich tragen sie alle eine je eigene Handschrift, doch fördern sie keineswegs nur Neues, nur Originelles oder nur Spezifisches zutage, wollen vielmehr im klassisch Ranke'schen Sinn zunächst einmal nur „erzählen“², wie es eigentlich gewesen ist. Das ist bei so komplexen Vorgängen wie der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung schwierig und insofern Anspruch genug. Zwangsläufig führt aber der über weite Strecken ereignisgeschichtliche Zugriff dazu, dass sich für den Rezipienten vieles wiederholt, zumal es nach 20 Jahren reger Forschungstätigkeit durchaus einen gesicherten Grundbestand an Wissen über Voraussetzungen, Ursachen, Anlässe, Ereignisse, Abläufe, Höhepunkte, Personal, Träger, Kräfte und Gegenkräfte, Schwierigkeiten und Erfolge der Umwälzungsprozesse vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 gibt.

Wir wollen also zuerst einen zusammenfassenden Blick auf den gesicherten Wissensbestand zu Friedlicher Revolution und deutscher Einheit werfen, der in allen hier zu besprechenden Werken mehr oder minder gleich oder ähn-

1 Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008 (2. Aufl. 2009).

2 So z. B. Wolfgang Schuller: Die deutsche Revolution 1989. Berlin 2009, S. 280.

lich referiert wird – weshalb auf Einzelbelege zum Teil verzichtet werden kann –, bevor wir uns den einzelnen Autoren und ihrem spezifischen Profil zuwenden:

Entscheidend für Aufbruchstimmung, Handlungsbereitschaft und Wagemut der Menschen in der DDR waren die Reformen des im April 1985 als Generalsekretär der KPdSU installierten Michael Gorbatschow, die an die Begriffe „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umgestaltung) geknüpft sind.³ Gorbatschow verband seine Reformpolitik, die im Innern vor allem auf Zulassung demokratischer und marktwirtschaftlicher Elemente zielte und außenpolitisch auf Entspannung und Abrüstung ging, mit dem Willen zur Selbstbeschränkung der Sowjetunion im Blick auf Dominanz und Anleitung gegenüber ihren Satellitenstaaten, wie er in einer Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 bekundete.⁴ Dieser neue Kurs wird deutlich formuliert im Kommuniqué des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Warschauer Pakt-Staaten vom 7./8. Juli 1989 in Bukarest, wo es hieß, dass „jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen“.⁵

Gorbatschows Reformpolitik war sowohl Folge als auch Ausgangspunkt von Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in den „Volksrepubliken“ des Ostblocks, die sich – nach wichtigen Zwischenstationen wie dem Juniaufstand 1953 in der DDR, dem Ungarnaufstand 1956, dem „Prager Frühling“ 1968 und zuletzt mit der Solidarność-Bewegung in Polen 1980/81 – gegen Ende der 1980er Jahre verstärkten und 1989 zum Durchbruch der Demokratie führten.⁶ Auch in der DDR wurden Krisen- und Aufbruchstimmung seit Mitte der 1980er Jahre deutlich erkennbar. Anfang 1986 bildete sich mit der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ die erste organisiert arbeitende Bürgerrechtsgruppe; sie war am Vorbild der tschechoslowakischen „Charta 77“ orientiert. Das war der Beginn einer oppositionellen Bürgerrechtsbewegung mit einer allerdings noch verschwindend geringen Mitgliederzahl. In der vor allem auf Demokratie und Pluralismus gerichteten Oppositionsbewegung dominierten Vorstellungen von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, also von einem verbesserten, demokratisch orientierten Sozialismus in der DDR. An eine Übernahme

3 Neueste Gorbatschow-Biographie, die bis zu seinem Rückzug vom Amt des Staatspräsidenten im Dezember 1991 reicht: György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie. Deutsche Bearbeitung von Elsbeth Zylla. München 2011.

4 Die Rede ist abgedruckt in: Europa-Archiv 44 (1989), D 23–37, v. a. 26f.

5 Abdruck des Kommuniqués in: Archiv der Gegenwart 59 (1989), S. 33518–33520, Zitat S. 33520.

6 Vgl. dazu Manfred Agethen/Günter Buchstab (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock. Freiburg/Breisgau 2003.

der westlich-marktwirtschaftlichen Lebensform oder gar an eine Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland war nicht gedacht. Offenbar war den Oppositionellen kaum bewusst, dass es in der schweigenden Bevölkerung einen starken Wunsch nach Wiedervereinigung gab.

Zu einer ersten ‚konzertierten Aktion‘ der sozial und ideologisch heterogenen Gruppen der oppositionellen Bürgerbewegung kam es im Zusammenhang der Kommunalwahl in der DDR vom 7. Mai 1989. Nachdem in Polen und Ungarn bereits (halb-)freie Wahlen stattgefunden hatten, griffen bei dieser Wahl erstmals Bürgerrechtler in der DDR aktiv in den politischen Prozess ein. Mit der Überwachung der Wahllokale, der Kontrolle der Stimmenauszählung und dem anschließenden Nachweis der Manipulation und Fälschung läuteten sie den Anfang vom Ende der DDR ein.

Vom Nachweis des Wahlbetrugs im Mai 1989 führte ein direkter Weg zu den großen Herbstdemonstrationen und damit zum Mauerfall und zum Sturz der SED. Die hohe Bedeutung freier Wahlen im revolutionären Prozess kommt etwa darin zum Ausdruck, dass der Zentrale Runde Tisch in Berlin gleich in seiner ersten Sitzung als Kern seines Selbstverständnisses bekundete, seine „Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen“⁷ – gleichsam der ‚Ballhauschwur‘ der Friedlichen Revolution von 1989. Tausende DDR-Bürger kehrten im Sommer 1989 ihrem Staat den Rücken und flohen über Ungarn und Österreich oder über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und in Warschau in den freien Teil Deutschlands, wobei die Enttäuschung über den Wahlbetrug für viele den letzten Anstoß gegeben haben mag.

Die Flucht- und Ausreisebewegung, diese ‚Abstimmung mit den Füßen‘, war wohl die stärkste Bedrängnis für die SED in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. 1987 warteten ca. 100.000 DDR-Bürger trotz vieler Schikanen auf ihre Ausreise. Dazu gab es weitere Krisenzeichen: Infrastruktur, Versorgungslage und medizinische Betreuung waren desaströs. Die Umweltbelastung nahm unerträgliche Ausmaße an. Die Wohnungsnot war trotz der massenweise errichteten Plattenbausiedlungen nicht zu beheben. Die Reisebeschränkungen drückten bei einer immer offener und globaler werdenden Welt die Bürger immer mehr.

Besonders dramatisch war die wirtschaftliche Lage: 1988 legte Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, ein Papier vor, das zwingend gegen eine weitere Staatsverschuldung und für Einschränkungen

7 Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. 5 Bde. Bearb., mit einem einleitenden Essay versehen und hg. von Uwe Thaysen. Wiesbaden 2000, hier: Bd. 1: Aufbruch, S. 62.

bei den Sozialausgaben plädierte, was auf eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent hinauslief. Bei fortgesetzter Neuverschuldung sei die DDR 1991 zahlungsunfähig.⁸ Schürer wies darauf hin, dass die DDR jetzt bereits weitestgehend von kapitalistischen Geldgebern abhängig sei. Eine an Marktbedingungen orientierte Reform der Planwirtschaft sei unumgänglich. Als nach Honeckers Abgang der neue Staatsratsvorsitzende Egon Krenz die dramatische Lage Gorbatschow im Kreml vortrug, konnte man ihm dort nicht helfen, weil es der Sowjetunion noch viel schlechter ging.⁹

Bei alledem erstarkten 1988/89 die oppositionellen Kräfte in der DDR immer mehr. Sie fanden sich vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirchen zusammen. Die Kirchen waren die einzigen Großinstitutionen, die sich dem Absolutheits- und Omnipräsenzanspruch des Staates hatten widersetzen und sich Freiräume für autonomes Reden und Handeln hatten erhalten können. Dabei blieben sie staatsloyal, wurden aber trotzdem intensiv vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) observiert und unterwandert. Insbesondere in den evangelischen Kirchen war infolge des KSZE-Prozesses eine verstärkte Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzarbeit erkennbar. Im „Konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ kamen seit 1988 führende Vertreter der Amtskirchen und Teile der Oppositionsgruppen zusammen. Es gab über 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, die zahlreiche Verbindungen untereinander hatten. Trotz Stör- und Zerschlagungsversuchen durch die Stasi konnten sie sich behaupten. Sie pochten gegenüber der SED auf offiziell verfassungsmäßig garantierte Rechte, vor allem auf das der freien Meinungsäußerung. Die katholische Kirche lehnte das kommunistische SED-System grundsätzlich ab, vermied es aber, sich öffentlich in politische Angelegenheiten zu mischen und verblieb im Ghetto.

Im Spätsommer 1989 lösten insbesondere die Fluchtwellen über die ungarische Grenze nach Österreich und in die bundesdeutschen Botschaften nach Prag und Warschau die Gründung neuer Oppositionsgruppen und Parteien aus. Das „Neue Forum“, die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“, der

8 Gerhard Schürer u. a.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der DDR, 30. Oktober 1989, in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. 2. Aufl. Opladen 1999, Dokumentenanhang S. 448–462.

9 Das Gespräch Gorbatschows mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz vom 1. November 1989 ist abgedruckt in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe hg. von Helmut Altrichter/Horst Möller/Jürgen Zarusky. Kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 83). München 2011, S. 213–227, Dok. Nr. 52.

„Demokratische Aufbruch“ und eine sozialdemokratische Partei, die SPD (anfangs SDP), wurden trotz starker Stasi-Behinderung gegründet. Sie alle forderten „uneingeschränkte Grundrechte“ und das Ende der SED-Herrschaft. Auch die Kirchen meldeten sich jetzt immer vernehmlicher kritisch zu Wort. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15.–19. September 1989 in Eisenach forderte eine „pluralistische Medienpolitik“, „demokratische Parteienvielfalt“, „Reisefreiheit für alle Bürger“, „wirtschaftliche Reformen“ und die Möglichkeit zu friedlichen Demonstrationen.

Diese gingen vor allem von den wöchentlichen Friedensgebeten des Pfarrers Christian Führer in der Leipziger Nikolaikirche aus. Trotz des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen die aus den Kirchen kommenden friedlichen Demonstranten wurden die Gebete nicht abgesetzt. Sie mündeten schließlich in die DDR-weiten Montagsdemonstrationen; diese brachten in Leipzig, Dresden und Berlin zigtausend Menschen zu gewaltfreiem Protest auf die Straße. Entscheidend wurde die Montagsdemonstration mit 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober 1989, weil sie zeigte, dass die Staatsmacht keine Panzer und Schusswaffen einsetzte, obwohl 6.000 Mann dazu bereitstanden. Die zentralen Losungen der Demonstranten waren „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“ Am Montag darauf demonstrierten dann in Leipzig schon 120.000 Menschen. Auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin waren am 4. November mindestens 500.000 Menschen versammelt. Sie demonstrierten für Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit und für freie Wahlen. Der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf und SED-Politbüro-Mitglied Günter Schabowski¹⁰, die – wie bislang auch die oppositionellen Kräfte der Bürgerbewegung – für einen reformierten Sozialismus warben, wurden dabei niedergeschrien. Die Menschen auf der Straße wollten nicht mehr nur Reformen, sie wollten eine Revolution: das Ende der SED, das Ende der DDR und schließlich die deutsche Einheit. Inzwischen waren ihnen auch die dramatischen Zahlen aus dem Schürer-Bericht bekannt. Krenz sah nach der Abfuhr durch Gorbatschow keinen Ausweg mehr, als über den SED-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski in Bonn um einen 13-Milliarden-Kredit zu bitten. Bundeskanzler Kohl war dazu generell bereit, stellte aber klare Bedingungen, deren Erfüllung den SED-Staat in seiner Substanz verändern,

10 Schabowski nahm als einziger SED-offizieller Redner an der Veranstaltung teil. Auch er hat sich übrigens mit einem Erinnerungsbuch an dem Gedenkreigen des Jahres 2009 beteiligt: Günter Schabowski (im Gespräch mit Frank Sieren): Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR. Berlin 2009; zu der Alexanderplatz-Veranstaltung S. 22–27. Der Buchtitel weist zugleich auf das hin, was Schabowski auszeichnet: Er ist der einzige SED-Spitzenmann, der öffentlich mit seiner Vergangenheit gebrochen und sich deutlich zu seiner Mitverantwortung und moralischen Schuld bekannt hat.

wenn nicht sogar abschaffen müssten: „Die SED muß auf ihr Machtmonopol verzichten, muß unabhängige Parteien zulassen und freie Wahlen verbindlich zusichern.“¹¹ Dazu verlangte er eine grundlegende Reform des gesamten Wirtschaftssystems und den Abbau des bürokratischen Planwirtschaftssystems zugunsten einer marktwirtschaftlichen Ordnung, weil sonst die Milliardenhilfe sowieso vergeblich bleiben würde.

Bevor Egon Krenz diese Forderungen bei der ZK-Tagung vom 8.–10. November vortragen konnte, kam es zum Fall der Mauer. Die Vorgänge vom 9. November sind hinreichend bekannt, so dass ich sie hier übergehen kann.¹² Festzuhalten bleibt aber, dass zu den eindrucksvollsten Bildern der Nacht des 9. November die Besetzung der Mauer am Brandenburger Tor durch die Berliner von beiden Seiten gehört. Im Deutschen Bundestag sangen die Abgeordneten aller Parteien, außer den Grünen, tiefbewegt die Nationalhymne. Bundeskanzler Kohl unterbrach seinen Besuch in Polen, um am nächsten Tag in Berlin sein zu können.

Ob der Mauerfall zum Ende der DDR oder gar zur Wiedervereinigung führen würde, war nicht von Anfang an klar. Aber bei den fortdauernden Demonstrationen wurde jetzt die Losung „Wir sind das Volk!“ durch „Wir sind ein Volk!“ ersetzt. Die Menschen demonstrierten gegen die SED, gegen die Regierung, gegen das MfS, für freie Wahlen und immer energischer auch für die Einheit Deutschlands.

Darauf zielte letztlich auch das von Bundeskanzler Kohl am 28. November im Deutschen Bundestag vorgelegte „Zehn-Punkte-Programm“ zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas ab. Das Angebot finanzieller Hilfen an die DDR wurde erneuert, falls es zu einem „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“ käme. Über die Zwischenstufen einer Vertragsgemeinschaft und „konföderativer Strukturen“, also einer bundesstaatlichen Ordnung der beiden deutschen Staaten, soll-

11 So Kohl in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 1989, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173–11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13010–13018, Zitat S. 13016.

12 Im Zuge des Gedenkens an den Umbruch in der DDR sind auch zahlreiche neue Titel zum Thema Mauerbau und Mauerfall erschienen. Besonders hervorgehoben seien: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011; Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer//The Berlin Wall, Monument des Kalten Krieges//Monument of the Cold War. 4. korrigierte Aufl. Bonn 2009; Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. Aus dem Amerikanischen von Klaus-Dieter Schmidt. Berlin 2011 (Originalausgabe Princeton 2003); Frederick Taylor: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt. München 2009 (Originalausgabe London 2006); Edgar Wolfrum: Die Mauer. Geschichte einer Teilung. München 2009.

te es schließlich dazu kommen, dass „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.“¹³ Man dachte dabei an einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. DDR-Ministerpräsident Hans Modrow hatte in seiner Regierungserklärung vom 17. November von einer „Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten“ gesprochen, die nach und nach in eine „Vertragsgemeinschaft“ überführt werden sollte.¹⁴

Freie Selbstbestimmung konnte nur „freie Wahlen“ bedeuten. Bis es dazu kam, dauerte es nicht lange: Am 13. November tagte erstmals nach langer Pause wieder die Volkskammer und wählte Hans Modrow als Nachfolger von Willi Stoph zum Ministerpräsidenten. An Modrows Regierung waren auch die kleineren Blockparteien mit mehreren Ministern beteiligt. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Bis Ende November verlor die ursprünglich 2,3 Millionen Mitglieder starke Partei ein Viertel ihres Bestandes. Am 3. Dezember lösten sich ZK und Politbüro der Partei auf. Seit dem 4. Dezember besetzten oppositionelle Akteure der Bürgerbewegung die Stasi-Gebäude, am 15. Januar 1990 stürmten Oppositionelle im Beisein von 100.000 Demonstranten die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin.

Am 7. Dezember hatte in Berlin erstmals der Zentrale Runde Tisch mit Vertretern der Bürgerbewegung, der Parteien, der Regierung und der Kirchen getagt. Er verstand sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in der DDR, und er wollte seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortsetzen. Er bekundete dies im Rahmen einer nach langer Diskussion schließlich gefundenen Definition seines Selbstverständnisses, in der es hieß, man treffe sich „aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung“.¹⁵ War es tatsächlich die „Eigenständigkeit und ... dauerhafte Entwicklung“ der DDR, also letztlich eine Reform des sozialistischen Modells, was die Menschen in der DDR und vor allem die späteren Wähler der Volkskammer vom Runden Tisch erwarteten?¹⁶ Als Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember Dresden besuchte, um mit Modrow über finanzielle Hilfen und eine Vertragsgemeinschaft zu verhandeln, schallten ihm vor unzähligen schwarz-rot-goldenen Fahnen 100.000-fach die Rufe „Wir sind *ein* Volk!“ und „Deutschland! Deutschland!“

13 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173-11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13510–13513.

14 Abdruck der Regierungserklärung in: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. WP, 12. Tagung, 17. und 18. November 1989, S. 272–281, Zitate S. 281.

15 Der Zentrale Runde Tisch der DDR, Bd. 1, S. 62.

16 Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990, S. 50f.

entgegen. Kohl bekundete: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation“. Und er schrieb an Gorbatschow: „Die Menschen selbst haben die Deutsche Frage auf die Tagesordnung gesetzt!“¹⁷

Auch nach dem Mauerfall gingen die Massendemonstrationen weiter und der Übersiedlerstrom hielt an – im Dezember/Januar 1989/90 verließen täglich 1.000 Menschen die DDR. Durch die massenhaften Aktenvernichtungsaktionen in den verhassten Stasi-Zentralen und durch Modrows Versuch, die Strukturen des MfS im Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu konservieren, waren sie zusätzlich aufgebracht. Bei der Montagsdemonstration in Leipzig am 22. Januar 1990 hieß die Losung: „Es wird langsam zur Qual – wir brauchen im März die Wahl!“ Tatsächlich war der rasche Autoritätsverfall der Regierung Modrow offensichtlich. Auch seine am 5. Februar installierte „Regierung der nationalen Verantwortung“, der acht Minister ohne Geschäftsbereich aus der Opposition angehörten, brachte keine Hilfe mehr.

So wurde der gleich bei der ersten Sitzung des Runden Tisches am 7. Dezember auf den 6. Mai festgelegte Termin für die Volkskammerwahl am 28. Januar auf den 18. März vorgezogen. Es blieben somit nur sieben Wochen Zeit für den Wahlkampf. Dieser war stark westlich geprägt. Alle Parteien wurden durch Redner, Berater und materielle Hilfen aus der Bundesrepublik massiv unterstützt – die SPD von den Altkanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, das Wahlbündnis der Liberalen von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der aus Halle stammte, die Allianz für Deutschland von Bundeskanzler Kohl, der die größte Anziehungskraft ausübte. 24 Parteien bzw. Wahlbündnisse standen zur Wahl. Allen war an einem friedlichen Übergang zur Demokratie gelegen, alle Parteien und die meisten Gruppierungen traten mehr oder weniger entschieden für die deutsche Einheit ein – auch die PDS. Auch die große Masse der Bevölkerung wünschte zu diesem Zeitpunkt keine ‚andere DDR‘, sondern die rasche Einheit Deutschlands.

Insofern war es nicht wirklich erstaunlich, dass aus der Wahl diejenigen Kräfte als klare Sieger hervorgingen, die sich am entschiedensten zur parlamentarischen Demokratie, zur raschen Herstellung der Einheit, zur Sozialen Marktwirtschaft und zur sofortigen Einführung der D-Mark bekannten. Diese waren im Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ (AfD) zusammengeschlossen. Das Bündnis aus eher konservativen, in der rechten Mitte des Parteienspektrums angesiedelten Kräften war am 5. Februar 1990 auf

17 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90; bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann (Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit 1989/90 – Sonderedition). München 1998, S. 645–650, Dok. Nr. 123: Bundeskanzler Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn 14. Dezember 1989, Zitat S. 646.

Initiative und im Beisein von Bundeskanzler Kohl in Berlin geschmiedet worden. Es setzte sich zusammen aus der DDR-CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Gegen ein ‚Zusammengehen‘ mit der ehemaligen Blockpartei CDU hatten sich Kohl und sein Generalsekretär Volker Rühle lange gesperrt.¹⁸ Sie hatten sich schließlich doch dazu durchringen können, weil die Ost-CDU sich bei einem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin organisatorisch, programmatisch und personell erneuert, ihre Mitschuld an den Fehlentwicklungen und Deformationen in der DDR bekannt und den Sozialismus als „leere Hülse“, so Lothar de Maizière in seinem Parteitageferat, abgetan hatte. Der besonders SED-getreue Parteichef Gerald Götting war auf massiven Druck von Mitgliedern der Basis bereits am 2. November zurückgetreten. Für eine Unterstützung der Ost-CDU sprach auch, dass sie auf Drängen der West-CDU Ende Januar 1990 aus der Modrow-Regierung ausgetreten war und dass sie in der Allianz für Deutschland mit unbelasteten Kräften aus der Bürgerbewegung verbunden war. Sie verfügte überdies über eine intakte Infrastruktur und einen eingespielten Parteiapparat – mit Zeitungen, Buchverlagen, Büros und Immobilien. Und schließlich konnte man bei dieser Partei, zu der es allerdings bislang kaum Kontakte gegeben hatte, einen gemeinsamen Fundus christlich orientierter Grundwerte vermuten.

Die DSU hatte sich unter dem Leipziger Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling nach dem Umsturz in der DDR als letzte unter den Oppositionsbewegungen formiert und sich erst am 20. Januar als Partei gegründet. Sie orientierte sich nach dem klassischen Motto „Freiheit statt Sozialismus“ klar an der bayerischen CSU und hatte ihren Schwerpunkt in der südlichen DDR.

Der Demokratische Aufbruch unter der Führung des Rechtsanwalts Wolfgang Schnur und des Berliner Pfarrers Rainer Eppelmann war als eine der führenden Oppositionsgruppen aus der Bürgerbewegung hervorgegangen und hatte sich Mitte Dezember in Leipzig als förmliche Partei konstituiert. Er setzte sich entschieden für die deutsche Einheit ein und warb mit marktwirtschaftlichen, antisozialistischen Positionen. Er lehnte sich eng an die West-CDU an, in der er später, nach einem ‚Umweg‘ über eine Fusion mit der Ost-CDU, aufging.

Die Beteiligung an der Volkskammerwahl lag mit 93,4 Prozent unerwartet hoch. Die Allianz für Deutschland erreichte 48,0 Prozent der Stimmen, von denen allein 40,8 Prozent auf die CDU entfielen; das entsprach 163 Abgeordnetenmandaten von 400. Der DA erzielte nur 0,9 Prozent – nicht zuletzt wohl eine Folge davon, dass sein Vorsitzender Wolfgang Schnur vier

18 Vgl. den Beitrag von Hanns Jürgen Küsters in diesem Band.

Tage vor der Wahl als Stasi-Spitzel enttarnt wurde. Dabei hatte Schnur sogar auf einen eigenen Wahlsieg des DA gehofft und sich bereits als künftigen Ministerpräsidenten der DDR gesehen. Bemerkenswert war das schlechte Abschneiden der in der DDR neu gegründeten SPD (ursprünglich SDP); sie erzielte nur knapp 22 Prozent der Stimmen, obwohl auch sie, wie nahezu alle beteiligten Parteien und Bündnisse, starke Unterstützung von der westlichen Schwesterpartei erfahren hatte und obwohl die Meinungsforscher ihr einen klaren Wahlsieg bis hin zur absoluten Mehrheit prophezeit hatten. Aber die junge Partei war personell und organisatorisch noch ungefestigt. Außerdem blieb die zur PDS (ursprünglich SED/PDS) umgetaufte SED mit 16,3 Prozent immer noch recht stark, auch wenn ihr die Mitglieder scharenweise davonliefen. Und schließlich schadete der entschieden vereinigungsorientierten DDR-SPD wohl auch die Tatsache, dass die SPD im Westen hinsichtlich der Wiedervereinigung uneinig war. Auf der einen Seite stand der in der DDR beliebte Willy Brandt, der schon nach dem Mauerfall gesagt hatte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“¹⁹ und der damit offenbar sein früheres Votum, „die Hoffnung auf Wiedervereinigung [sei] geradezu zur Lebenslüge der Zweiten Deutschen Republik“ geworden²⁰, vergessen machen wollte. Auf der anderen aber der vereinigungsskeptische Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine. Er absolvierte nur drei Wahlkampfauftritte in der DDR und ließ dabei eine spürbare Distanz zur Ost-SPD erkennen. Allerdings trat auch die Ost-SPD mehrheitlich nicht für eine *rasche* Wiedervereinigung ein.²¹ Vielmehr sollte diese im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses und über den Artikel 146 GG erfolgen, d. h. über die (womöglich langwierige) von Ost und West gemeinsam erarbeitete und gebilligte Verfassung. Übrigens erging es dem Vorsitzenden der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, ähnlich wie Wolfgang Schnur vom DA: Wenige Tage nach der Wahl musste er wegen Stasi-Vorwürfen zurücktreten.

Die oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung, die als erste auf die Straße gegangen waren, schnitten unerwartet schlecht ab: Das Bündnis '90 aus Demokratie Jetzt, Neuem Forum und Initiative Freiheit und Menschenrechte

19 Laut dpa-Meldung Nr. 250 vom 10. November 1989 verwendete Brandt die Worte am selben Tag in Berlin. Er bestätigte und wiederholte sie wörtlich in der ZDF-Fernsehsendung „Kennzeichen D“ am 6. Dezember 1989, wobei er erläuterte, er habe sie zugleich auf Deutschland und Europa bezogen.

20 So Brandt am 14. September 1988 anlässlich der Eröffnung einer Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zum Grundgesetz. Auszugsweiser Abdruck der Rede in: Frankfurter Rundschau, 15. September 1988.

21 „Erklärung der SDP zur deutschen Frage“, Berlin, 3. Dezember 1989, in: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hg. von Eberhard Kuhrt, in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig. Bd. 3: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 683f.

bekam nur 2,9 Prozent der Stimmen, ihrem ursprünglichen und z. T. auch noch beibehaltenen Ziel einer sozialistisch erneuerten, eigenständigen DDR erteilten die Wähler eine klare Absage. Die zersplitterten liberalen Gruppierungen einschließlich der alten Blockpartei LDP hatten sich ebenfalls zusammengeschlossen; sie nannten sich „Bund Freier Demokraten“ und erhielten 5,3 Prozent – gemeinsam noch weniger als die DSU mit 6,3 Prozent.

Die erste und letzte freie Volkskammerwahl war die entscheidende Nahtstelle des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in der DDR. Sie setzte als „Revolution an der Wahlurne“²² die Revolution auf der Straße fort und besiegelte nach dem Machtverlust der SED nach der Freiheits- auch die Einheitsrevolution. Denn es setzten sich eindeutig die politischen Kräfte durch, die entschieden für die Abwicklung des eigenen Staates und den raschen Beitritt zur Bundesrepublik eintraten – dies war der dezidierte Auftrag an die Wahlsieger. Die Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990 bestätigten weitgehend das politische Kräfteverhältnis der Märzwahl.

Nach der Wahl bildete die Allianz für Deutschland zusammen mit den Sozialdemokraten und den Liberalen eine Koalitionsregierung unter dem CDU-Vorsitzenden und großen Wahlsieger Lothar de Maizière; er wurde am 12. April 1990 von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt. Der am 2. März 1940 in Nordhausen als Sohn eines Rechtsanwalts französischer Abstammung geborene de Maizière war seit 1954 Mitglied der DDR-CDU, ohne dort jemals ein Amt bekleidet zu haben. Nachdem er eine Musikerkarriere aufgrund einer Erkrankung aufgeben musste, wandte er sich dem Rechtsanwaltsberuf zu. Insbesondere engagierte er sich dabei für DDR-Bürger, die mit dem SED-Regime in Konflikt geraten waren. Von 1985 bis 1990 gehörte er der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche der DDR an.

De Maizière sah zusammen mit seinen Koalitionspartnern in konsequenter Umsetzung des Volkskammerwahlergebnisses das Hauptziel seiner Regierung in der möglichst raschen und zugleich geordneten Herstellung der deutschen Einheit. Als am 1. Juli 1990 die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat und die D-Mark in der DDR Einzug hielt, war dieses Ziel nahezu schon erreicht. Und nachdem bereits im Februar sowohl die USA als auch die Sowjetunion, also die wichtigsten Mächte unter den alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges, ihre Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung signalisiert hatten, waren auch auf internationaler Ebene bedeutende erste Schritte zu diesem Ziel getan. Überdies hatte Gorbatschow bei einem Treffen

22 Hans-Michael Kloth: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“ (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Berlin 2000, S. 722.

mit Helmut Kohl im Kaukasus im Juli 1990 in der wichtigen Frage nach der zukünftigen Struktur der NATO nachgegeben und den Verbleib auch eines wiedervereinigten Deutschland in der NATO zugestanden.

Am 23. August 1990 beschloss die Volkskammer, die in diesen Monaten nach der Wahl ein unglaubliches Pensum – und dies mit zumeist jungen, politisch unerfahrenen Kräften – erledigte, mit überwältigender Mehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober. Es wurden 294 Stimmen für den Beitritt, 62 dagegen und sieben Enthaltungen abgegeben. Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ vom 31. August 1990, kurz „Einigungsvertrag“ genannt, und der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990, kurz „2+4-Vertrag“ genannt, mit dem die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes anerkannten und ihm die volle Souveränität zugestanden, schufen national wie international die vertraglichen Grundlagen zur Herstellung der deutschen Einheit. Sie wurde am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vollzogen.

Dass die Menschen in der DDR ihr in der Freiheitsrevolution neu erworbenes Selbstbestimmungsrecht eindeutig im Sinne einer raschen Wiedervereinigung ausübten, war natürlich primär ihr eigenes Verdienst. Aber es war auch, wie der „Spiegel“ damals titelte, „Kohls Triumph“.²³ Der Bundeskanzler hat die Gunst der historischen Stunde genutzt und die untergehende DDR in die Einheit der deutschen Nation überführt. Er musste dies tun, denn gemäß der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik war das Bemühen um die Wiedervereinigung Verfassungsauftrag. Als „Kanzler der Einheit“ ist er in die Geschichte eingegangen.

Bevor wir uns nun den einzelnen vorzustellenden Arbeiten widmen, sei noch kurz zumindest bibliographisch auf einige wichtige Titel aus den fraglichen Gedenkjahren hingewiesen, die hier aus Platz- und Zeitgründen keine Berücksichtigung mehr finden konnten: Hier sind zunächst einige, meist aus einschlägigen Tagungen hervorgegangene Sammelbände zu nennen.²⁴ In

23 Vgl. Spiegel, Nr. 12, 19. März 1990.

24 Dagmar Schipanski/Bernhard Vogel (Hg.): Dreißig Thesen zur deutschen Einheit. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Freiburg/Breisgau 2009; Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR. Köln u. a. 2009; Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009; Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.) Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Hg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. des Berliner Landesbeauf-

der Kategorie „Erinnerungsliteratur“ ist neben dem weiter unten behandelten Buch von Joachim Gauck vor allem auf die Publikationen von Richard von Weizsäcker, Günter Schabowski und Lothar de Maizière hinzuweisen²⁵ sowie auf gesammelte Einzelstimmen von Prominenten aus Politik, Kirche und Kultur.²⁶ Was die regionale Erforschung des Revolutions- und Vereinigungsprozesses betrifft, so sind an erster Stelle die Arbeiten von Michael Richter zu Sachsen zu nennen.²⁷ Schließlich noch Literatur, die sich nachbetrachtend mit Erfolg und Folgen des Vereinigungsprozesses befasst.²⁸

Ehrhart Neubert, geboren 1940 in Thüringen, legte mit seinem bereits erwähnten Buch „Unsere Revolution“²⁹ die erste Gesamtdarstellung des revolutionären Prozesses 1989/90 vor. Der studierte Theologe und spätere Pfarrer schreibt aus der Kenntnis des unmittelbaren Zeitzeugen, denn er gehörte als Mitgründer des Demokratischen Aufbruchs zu den führenden Bürgerrechtlern in der DDR, und er war Mitinitiator des am 7. Dezember 1989 in Berlin erstmals zusammengetretenen Zentralen Runden Tisches. Neubert stützt sich vor allem auf Schriftgut des DDR-Staates, insbesondere aus dem Ministerium für Staatssicherheit. Bei der Aufarbeitung dieses Quellenfundus kam ihm seine Tätigkeit als Fachbereichsleiter in der Abteilung „Bildung und Forschung“ bei dem/der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staats-

tragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2010; Tilman Mayer (Hg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme. Mit Grußworten von Angela Merkel und Thomas de Maizière (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 97). Berlin 2010; Tilman Mayer (Hg.): Deutscher Herbst 1989 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 99). Berlin 2010.

- 25 Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit. München 2009; Günter Schabowski: Wir haben fast alles falsch gemacht; Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Unter Mitarbeit von Volker Resing. Freiburg/Breisgau 2010.
- 26 Jan Schönfelder (Hg.): Das Wunder der Friedlichen Revolution. Prominente Stimmen zum Herbst 1989. Leipzig 2009; Renatus Deckert (Hg.): Die Nacht in der die Mauer fiel. Schriftsteller erzählen vom 9. November 1989. Frankfurt/Main 2009.
- 27 Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bde. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 38). Göttingen 2009. Dass Richter im November 2010 in den Medien als zeitweiliger Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS enttarnt wurde, tut der Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit keinen Abbruch. – Informativ auch: Eckhard Jesse/Thomas Schubert (Hg.): Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen. Berlin 2010.
- 28 Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit. München 2009; Klaus Schroeder: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. Berlin 2010; Heike Tuchscheerer: 20 Jahre vereinigt Deutschland: eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“? Baden-Baden 2010.
- 29 Neubert: Unsere Revolution. Die im Folgenden in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich immer auf das jeweils besprochene Werk.

sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in den Jahren 1997 bis 2005 zugute. Außerdem nutzte er Materialien der Bürgerbewegung und überhaupt aus dem Oppositionsmilieu, aus kirchlichen Archiven, aus der „Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch). Und natürlich kann er als Zeitzeuge auf umfangreiche eigene Aufzeichnungen und Sammlungen zurück greifen. Neuberts beeindruckende wissenschaftliche Produktivität fand einen ersten Höhepunkt mit seinem 1998 erschienenen Werk über die Geschichte der Opposition in der DDR.³⁰

Neuberts Nähe zu den Ereignissen erklärt die intime und stupende Detailkenntnis, an der sein Buch den übrigen hier vorgestellten überlegen ist. Er schildert minutiös und kompetent, wie die Massen entschlossen und demonstrativ, aber doch besonnen und friedfertig, Geschichte machten. Die zahlreichen Grüppchen, Gruppen und Zirkel der Opposition und deren Protagonisten – er kennt sie alle und weiß sie treffend zu charakterisieren. Er berichtet zwar merklich mit innerer Bewegtheit, Freude und auch mit Stolz, aber doch in einer sachlichen, unaufgeregten-unpathetischen, bisweilen fast nüchternen Sprache, die aber doch zugleich die unglaubliche Dynamik, Dramatik und bisweilen irritierend-beängstigende Offenheit der Prozesse in spannendes, ja mitreißendes Erzählen überführt. Ein charakteristisches Beispiel für diesen Sprachstil ist das Kapitel über die Tage vom 2. bis 9. Oktober, das mit „Ein Revolutionskalender“ überschrieben ist (S. 111–131). Generell sind die einzelnen Kapitel knapp, übersichtlich und tragen präzise treffende Überschriften. Dabei erweist sich Neubert als ein Meister der Wucht des ersten Satzes: „Der September wurde zum Auftakt einer politischen Revolution, die nichts so beliebte, wie es einmal war“ (S. 63); „Der nervös gewordenen SED-Führung fällt nur noch Abschottung ein.“ (S. 120); „Die westdeutsche politische Klasse saß im Oktober an den Fernsehapparaten.“ (S. 206): Klar, apodiktisch und unpräzise erfolgt der Einstieg in jedes Kapitel – das schafft Orientierung und hält die Spannung.

Jenseits des eigenen sprachlichen Zugriffs auf sein Thema misst Neubert der Sprache für den Verlauf, ja für den Sieg der Friedlichen Revolution entscheidende Bedeutung bei; ihr schenkt er höchste Aufmerksamkeit. Im Prozess der Revolution wirft das Volk die verlogene, ideologisch-verquaste, steril-uniformierte Sprache der SED-Diktatur ab, macht sich mündig *in* einem und *mit* einem eigenen Sprechen, das kurz zuvor noch Zuchthausstrafen eingebracht hätte. Auf Transparenten, Spruchbändern, Handzetteln und Plakaten, in Losungen, Sprechchören, Gedichten und Liedern, bahnt sich die Revolution ihren Weg. In immer wieder neuen Wortschöpfungen und Wendungen, spon-

30 Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2. Aufl. Bonn 1998.

tan, originell, meist witzig-ironisch, doppelbödig, frech, subversiv, entlarvt sie die politisch-ideologischen Leerformeln der SED, stellt Forderungen („Neues Forum zulassen!“), droht („Montag sind wir wieder da!“), ermuntert unschlüssige Demonstranten („Losgehen, losgehen!“; „Schließt Euch an, wir brauchen jeden Mann!“), wirkt deeskalierend („Keine Gewalt!“; „Kein neues China!“) oder blamiert und verhöhnt die SED („Kaputte Städte, Wälder, Seen – SED, wir danken schön!“). Insbesondere in den Friedensgebeten finden die Menschen zu ihrer eigenen Sprache, ihrem eigenen Denken und Wollen (S. 158). So wurde die Selbstbefreiung in der und durch die Sprache zu einer elementaren Form der Selbstbestimmung und damit der politischen Emanzipation. Sprache und Sprechen gewannen handlungsauslösende und handlungsleitende Bedeutung und wurden damit zu einem Machtfaktor (S. 18). Neubert sagt geradezu: „Das Sprechen war der Vollzug der Revolution.“ (S. 167) Mit Recht weist er darauf hin, dass ein Großteil der Erinnerung an die Friedliche Revolution an mächtige Sprachschöpfungen geknüpft ist: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“; „Wir wollen ,raus!“; „Wir bleiben hier!“; „Wir sind das Volk!“; „Wir sind *ein* Volk!“. Neuberts schier unerschöpflicher Fundus an Beispielen für die befreiende Sprache der Revolution, mit der die Menschen mutig und intelligent die Diktatur überwand, macht das Buch bei aller Ernsthaftigkeit des Themas auch zu einem unterhaltsamen Lesevergnügen.

Der Haupttitel von Neuberts Buch „Unsere Revolution“ ist in einem doppelten Sinn zu verstehen: Auf der einen Seite formuliert er den berechtigten Anspruch der DDR-Bürger und der Oppositionsgruppen, diese Revolution gegen ein totalitäres System – die erfolgreichste in der deutschen Geschichte – in einem an Revolutionen so armen Land initiiert und sie entschlossen und doch behutsam und friedfertig zu einem siegreichen Ende gebracht zu haben. Stolz über diese Leistung schwingt in dem Titel durchaus mit, in den sich Neubert als einer der Protagonisten einbeziehen darf. Zum anderen will Neubert mit dem Titel auch zum Ausdruck bringen, dass es sich um eine Revolution aller Deutschen handelte, also auch um die im Westen, denn sie endete ja mit der deutschen Einheit. Und seit Anfang 1990, als die schon seit Ende November/Anfang Dezember zu hörende Forderung der Demonstranten nach Wiedervereinigung sich deutlich stabilisierte und zugleich die Bedeutung der oppositionellen Bürgerbewegung, deren Option ja eher ein reformierter Sozialismus war, immer mehr zurück ging, spätestens aber nach der Volkskammerwahl, die den Wunsch nach Einheit überragend bestätigte, war „Bonn“, war die Bundesrepublik mit Finanzen, Demokratieerfahrung, Logistik und mit der gemeinsamen Erarbeitung der notwendigen Vertragswerke intensiv an der Vollendung der Friedlichen Revolution beteiligt, hat sie gleichsam „die Architektur der postrevolutionären Ordnung“ geliefert. Die Revolution

müsse man deshalb, so Neubert, „aus einem Guss“, also vom Spätsommer 1989 bis zum 3. Oktober 1990 erzählen.

Neubert verfolgt offenbar bei diesem etwas gesucht und mechanistisch wirkenden Ansatz – die Ostdeutschen haben die Revolution ‚gemacht‘, die Westdeutschen haben sie, zumindest gemeinsam mit den Ostdeutschen, vollendet – den in die Zukunft gerichteten geschichtspädagogischen Zweck, die Erinnerung an diese erfolgreichste deutsche Revolution zum „gesellschaftlichen Allgemeingut“, zum historisch-kulturellen Erbe aller Deutschen zu machen. Außerdem kann er in dieser bilateralen Sichtweise auf die Revolution seine ausgeprägte Sympathie für die Vereinigungspolitik Helmut Kohls und für alle Gruppierungen, die sich zu einer raschen Wiedervereinigung bekannten, zum Tragen kommen lassen. Kohls Handeln auf dem Weg zur deutschen Einheit wird durchweg als klug und besonnen charakterisiert – etwa wenn er am Tag vor dem Fall der Berliner Mauer bei seiner Ansprache „zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ im Deutschen Bundestag erklärte, die Bundesrepublik sei nicht weiter bereit, in der DDR „unhaltbar gewordene Zustände“ zu stabilisieren.³¹

Dies war auch gegen die Oppositionsgruppen in der DDR gerichtet, die – mindestens bis zum Frühjahr 1990 – an einen „verbesserlichen Sozialismus“ in der DDR glaubten und die, wie v. a. das Neue Forum, durch ein Festhalten an der verfassungsmäßig garantierten Führungsrolle der SED ein völliges Wegrutschen der DDR glaubten verhindern zu können. Angesichts dieser Perspektive steht ihnen Neubert deutlich kritisch gegenüber. Die entscheidenden Akteure der Revolution sind für ihn die Volksmassen, die seit September/Oktober zu zigtausenden mutig auf die Straße gingen und beim Mauerfall zu den Grenzübergängen strömten. Sie garantierten letztlich auch den friedlichen Verlauf der Revolution, denn die bereit gehaltenen Waffen der Staatsmacht schwiegen in erster Linie deshalb, weil die bloße Masse der Demonstranten eine völlige Überraschung und ein unüberwindliches Hindernis für die Sicherheitsorgane darstellte (S. 136). Dies wurde bei der Demonstration der 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober unverrückbar klar; Neubert wertet dies als einen qualitativen Sprung hin zum staatlichen Gewaltverzicht; bis dahin verlief die Revolution keineswegs friedlich, die Demonstranten sahen sich Prügelorgien der Polizei ausgesetzt. Dass es sich tatsächlich um eine echte Revolution im Sinne einer „Selbstermächtigung der Gesellschaft“ (S. 15) handelte, die vor allem auch das alte System endgültig beseitigte, steht für Neubert außer Frage.

31 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173–11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13016.

Als ehemaliger Pfarrer und aufgrund seiner Beschäftigung in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1984 verfügt Neubert natürlich über erhebliche kirchliche Insiderkenntnis. Insofern ist es von besonderem Gewicht, dass er den Kirchen, insbesondere ihren Pfarrern und Bischöfen, eine so hohe Bedeutung für den Prozess der Friedlichen Revolution beimisst. Er stellt aber auch klar, dass die Kirchen nach ihrem Wesen nicht selbst revolutionär waren. Denn die Überzeugung, dass nur eine stabile staatliche Ordnung protestantische Existenz garantieren könne, war tief in der protestantischen Mentalität verwurzelt (S. 42). Haltungen und Strategien gegenüber dem revolutionären Prozess waren keineswegs einheitlich.

Die Bedeutung der Kirchen für die Revolution macht Neubert etwa an dem von Propst Heino Falcke initiierten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ klar, der die Ökumenischen Versammlungen 1989 in Dresden und Magdeburg und 1989 erneut in Dresden zur Folge hatte. Dort kamen Vertreter der Amtskirchen auch mit Teilen der Oppositionsgruppen zusammen, und es wurden Texte von wahrhaft revolutionärem Gehalt verabschiedet. Dazu gehörten Forderungen nach mehr „Rechtssicherheit“, nach freiem und ehrlichem „Meinungsaustausch“, nach Trennung von Partei- und Staatsfunktionen, nach Wahlrechtsreform, Mündigkeit und Versammlungsfreiheit. Neubert vergisst nicht zu erwähnen, dass die katholische Kirche in der DDR sich in der Regel hinter die Forderungen des „Konziliaren Prozesses“ stellte, er benennt auch immer wieder einmal katholische Pfarrer, die sich ins Lager der Demonstranten stellten – beachtlich bei jemandem, der in früheren Arbeiten gern von einer „protestantischen Revolution“ gesprochen hatte, der aber jetzt generell den Charakter einer breiten Volksbewegung betont und dabei durchaus auch die kleinen Zentren der Revolution wie Arnstadt, Nordhausen oder Plauen im Blick hat. Überall entfaltete sich fast explosionsartig die Zivilgesellschaft und nahm mit den alten Kräften erfolgreich den Kampf um die Macht auf, bei dem für beide Seiten alles auf dem Spiel stand. Diese Konstellation: die Revolution als ultimativer Machtkampf zwischen den alten und den neuen Kräften, wird bei Neubert besonders akzentuiert. Übrigens: Gerade, weil er den flächendeckenden Charakter der Revolution betont, wäre es sinnvoll gewesen, dem Band neben dem vorhandenen Personen- auch ein Ortsregister beizugeben.

Zwar war *Ilko Sascha Kowalczuk*, Jahrgang 1967, heute als Projektleiter bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beschäftigt, bei Beginn der Friedlichen Revolution auch bereits 22 Jahre alt, doch kann er, anders als Neubert, nicht unmittelbar als Zeitzeuge gelten. Er hat die von ihm geschilderten Ereignisse nicht aus eigener Anschauung erlebt, denn er gehörte

weder einer Partei noch einer der Gruppen der Bürgerbewegung an, sondern nur der „uneinheitlichen Masse dazwischen“, wie er selber sagt (S. 18). An Authentizität verliert seine Darstellung dadurch aber nicht, denn er greift auf eine beachtliche Fülle an Quellen zurück, die er vor allem im Bundesarchiv, in der Behörde des Bundesbeauftragten für die MfS-Unterlagen, im Archiv der Bürgerbewegung Leipzig und in zahlreichen anderen Archiven der DDR-Opposition fand. Außerdem hat er Zeitzeugen in großer Zahl schriftlich und mündlich befragt, Samisdat-Literatur, Tages- und Wochenzeitungen sowie Materialien des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und intensiv auch die insgesamt 33 Bände der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur und zum Prozess der deutschen Einheit ausgewertet.

Anders als Neubert sieht Kowalczuk die Friedliche Revolution in der DDR mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als beendet an; das Schicksal von SED und MfS war besiegelt. Der Weg in die deutsche Einheit ist eine andere Geschichte, die nicht mehr zentral die Eigenleistung der DDR-Bürger betrifft und die Kowalczuk deshalb außer Acht lässt. Was übrigens den Begriff „DDR-Bürger“ betrifft: Die meisten der hier vorgestellten Arbeiten tun sich verständlicherweise schwer mit einem differenzierenden Gebrauch der Begriffe „Volk“, „Bürger“, „Demonstranten“, „Ausreisewillige“, „Flüchtlinge“, „Oppositionelle“, „Bürgerrechtler“ u. ä., was deren Einbindung in den revolutionären Prozess betrifft. Kowalczuk geht hier klugerweise ganz pragmatisch vor, indem er den gesamten revolutionären Prozess als „Bürgerbewegung“ begreift: Alle, die sich im Herbst 1989 durch praktisches Freiheitsstreben und durch die Forderung nach Menschenrechten auszeichneten, sind für ihn „Bürger“ – ein Ehrentitel im Sinne des französischen Citoyen, der aus dem Geist der Aufklärung heraus den Staat aktiv und eigenverantwortlich mitgestaltet; ansonsten verwendet er neutral den Terminus „DDR-Menschen“ (S. 15f.).

Kowalczuks Verkürzung der Friedlichen Revolution auf die Phase zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 hat auch mit seinem generellen Erkenntnisinteresse zu tun: Er will vor allem das vermeintliche Paradoxon auflösen, wie es geschehen konnte, dass ein scheinbar stabil in sich ruhendes und seit Beginn der 1970er Jahre im internationalen Ansehen gestärktes Staats- und Gesellschaftssystem wie die DDR innerhalb weniger Wochen zerbrach und zerfiel. Bei diesem Ansatz muss er natürlich einen Schwerpunkt bei der Vorgeschichte setzen, und so zeichnet er in einem ersten großen, vielleicht doch etwas zu ausgedehnten Kapitel (300 Seiten!) die Krise in Staat und Gesellschaft der DDR nach, wobei vor allem die Lebensbedingungen in der DDR als Ausgangslage für die aufkeimende Unzufriedenheit, die Rolle oppositioneller Strömungen, die Rolle der Kirchen, die Bedeutung der Kultur- und Kunstszene geschildert werden.

Bei der Analyse des inneren Zerfalls der DDR seit Mitte der 1980er Jahre kann Kowalczuk die initiatorische Wirkung von Gorbatschows Reformpolitik natürlich nicht außer Acht lassen. Er beschreibt den sowjetischen Parteichef als unfreiwilligen Totengräber des kommunistischen Systems im Ostblock. Seine Glasnost- und Perestroika-Politik glich dem Versuch der Quadratur des Kreises: Seine gegen den Willen des Parteiapparats durchgesetzten Abrüstungsinitiativen und Wirtschaftsreformen, die Stärkung der innerparteilichen Demokratie, die Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente, die Aufarbeitung stalinistischer Terrors, die geistig-kulturelle Liberalisierung – all dies sollte zugleich die Grundlagen des kommunistischen Systems unangetastet lassen: die marxistisch-leninistische Staatsideologie, die Einpartei-herrschaft, das Gewaltmonopol der Partei, das Monopoleigentum an den Produktionsmitteln: „Er wollte alles ändern und zugleich sollte alles so bleiben“ (S. 31). Seine Reformpolitik macht ihn im Westen zum Heros, doch gleicht er dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr beherrschen kann. Die Folge ist der Untergang des Kommunismus im Ostblock. Insofern – so Kowalczuk – war der DDR-Widerstand gegen Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Politik herrschafts- und machtlogisch durchaus verständlich und ‚richtig‘: Die SED hatte offenbar besser als andere Ostblockstaaten und als Gorbatschow selbst verstanden, dass das Kommunismus-Projekt nicht wirklich reformierbar war, ohne es zu zerstören (S. 83).

Mit der strikten Ablehnung der Reformpolitik Gorbatschows zerstörte die DDR auch die Hoffnungen auf Veränderungen im eigenen Land. Nachdem die SED jahrzehntelang die deutsch-sowjetische Freundschaft glorifiziert hatte und von der Sowjetunion das Siegen hatte lernen wollen, verbot sie nun den Vertrieb sowjetischer Filme und Zeitschriften in der DDR, was insbesondere beim Verbot der Monatszeitschrift „Sputnik“ heftigen Unmut erregte, deren Beiträge über Gang und Erfolg der Gorbatschowschen Reformen berichteten. Doch dies ist nur *ein* Beispiel für die Krisensymptome und den schleichenden Zerfallsprozess von Staat und Gesellschaft in den 1980er Jahren. Kowalczuk beschreibt diese Gesellschaft, die be- und durchherrscht ist von einem vielgliedrigen Macht- und Unterdrückungsapparat, als unheilbar krank. Die Menschen litten unter den unzulänglichen materiellen Lebensbedingungen, unter den Reisebeschränkungen, der maroden Infrastruktur, unter der Mangel- und Kommandowirtschaft, dem Wohnungsproblem, den Umweltschäden, der unzulänglichen medizinischen Versorgung, den unansehnlichen Innenstädten, den rückständigen Produktionsanlagen, wobei sie als Gegenbild, insbesondere in der Konsum- und Jugendkultur, immer das von den westlichen Medien vermittelte „Schaufenster Bundesrepublik“ vor Augen hatten. Kowalczuk stellt hier vor allem die tiefe Unzufriedenheit der Jugend heraus und akzentuiert die

Rolle der Punk- und Rockgruppen als subversive Kräfte; ihre Songs drückten das Lebensgefühl jener Jugendlichen aus, die im Herbst 1989 zu den ersten Demonstranten gehörten.

Gegen diese Krisenerscheinungen entwickelten sich die von Kowalczuk beschriebenen „Gegenbewegungen“ vor allem in den Kirchen und in Gestalt der oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung.

Die Kirche als Institution blieb trotz intensiver gegenteiliger Bemühungen des SED-Staates fester Bestandteil der DDR-Gesellschaft. Sie war die „einzige verbliebene Großinstitution die eigenständig und unabhängig von der SED in der DDR agierte“ (S. 196). Wie alle hier vorgestellten Autoren misst Kowalczuk ihr entscheidende Bedeutung bei Entfaltung und Durchsetzung der Friedlichen Revolution zu. Engagierte Pfarrer und Bischöfe trugen zur Politisierung der Bevölkerung bei, stellten Kirchenraum zur Verfügung, wo die Bürger „die Freiheit des Wortes“ zu nutzen lernten. Theologen und Kirchenmitarbeiter waren in hohem Maße an den Ereignissen von 1989/90 beteiligt (S. 201). Ausschließlich von und in den Kirchen wurden Informationen für Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer geliefert. Insbesondere in den Kirchen wurden auch kulturelle Freiräume bewahrt, vor allem durch Kirchenzeitungen und in der Kirchenmusik. Bei allem Respekt vor den ‚revolutionären‘ Möglichkeiten und Leistungen insbesondere der evangelischen Kirchen weist Kowalczuk aber auch differenzierend auf deren pluralen Charakter und ambivalentes Verhalten hin. Sie konnten zum Ausgangspunkt und Schutzraum, bei zahlreichen Mitgliedern auch zum Bestandteil politischer Opposition werden, konnten aber auch staatsloyal sein und insbesondere darauf bedacht, die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche nicht zu belasten (S. 203).

Mit den oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung in den 1980er Jahren waren die evangelischen Kirchen eng verbunden. Kowalczuk benennt und beschreibt eine Vielzahl von Gruppierungen, die weitgehend unbekannt blieben. Zu den bekanntesten gehörten die „Frauen für den Frieden“, die „Jenaer Friedensgemeinschaft“ oder die Gruppe „Wolfspelz“ aus Dresden (S. 235). Es waren diese Personen und Gruppen, die den Kern der ersten Demonstrationen und der neu hinzukommenden oppositionellen Gruppen im Herbst 1989 bildeten. Zwischen ihnen bestand von Anfang an ein Richtungskonflikt hinsichtlich ihrer Motivationsstrukturen und politischen Zielprojektionen: Teile der Oppositionsbewegung zielten auf Überwindung des SED-Systems überhaupt, was an den Wunsch nach Überwindung auch der deutschen Teilung geknüpft sein konnte. Andere hofften darauf, den DDR-Sozialismus in Richtung auf Demokratie und Pluralismus reformieren zu können. Dieser Grundkonflikt, so Kowalczuk, löste sich nie auf (S. 237). Kowalczuk richtet sich aber auch hier, wie so oft in seinem Buch, gegen undifferenziertes Schwarz/Weiß-Denken

und nimmt die oppositionelle Bürgerbewegung gegen die oft gehörte These in Schutz, sie habe als einzige Option den „verbesserlichen Sozialismus“ gesehen und sei von daher an der deutschen Einheit nicht interessiert gewesen; für die meisten unter ihnen sei es in dieser Frage nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ gegangen (S. 542).

In zwei weiteren großen Inhaltsblöcken zeichnet Kowalczuk die Ereignisgeschichte des revolutionären Geschehens vom Frühjahr 1989 bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 nach. Aus dieser außerordentlich fakten- und kenntnisreichen Darstellung sei das Kapitel über die Fälschungen bei der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 hervorgehoben. Von der Wut und Enttäuschung über den Wahlbetrug nahmen die Massenflucht und die Ausreisewellen des Sommers 1989 ihren Ausgang. Auch bei diesem Kapitel zeigt Kowalczuk einsichtig die enge Verbindung von Kirche und Revolutionsgeschehen. Denn auch die Kirchenleitungen protestierten gegen die Fälschungen und forderten ein neues Wahlsystem. Und nur zu oft versammelten sich die zuvor als „Wahlbeobachter“ tätigen Oppositionellen nach getaner Arbeit in kirchlichen Räumen, wie etwa in der Samaritergemeinde von Pfarrer Eppelmann in Berlin und verbrachten dort Stunden mit Andacht und Gebet. Bei den Montagsgebeten stand das Wahlthema eine Zeitlang im Mittelpunkt (S. 327f.).

Außerdem geht es in diesen beiden Inhaltsblöcken etwa um das Auseinanderbrechen des Ostblocks im Sommer 1989, um die für die SED verheerenden Folgen von Massenflucht und Massenausreise ihrer Bürger, um die Folgen der Grenzöffnung von Ungarn nach Österreich im September 1989, um die Ereignisse am 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 sowie um Leipzigs Weg zur Hauptstadt der Demonstrationen mit dem entscheidenden 9. Oktober als Höhepunkt, der klar machte, dass die SED-Führung in ihrem Überlebenskampf auf eine „chinesische Lösung“ verzichtete. Sichtbar wird auch der rasche Bedeutungsverlust der Bürgerrechtler nach dem Mauerfall, weil bald danach klar wird, dass der Weg nicht zu einer Reform der DDR, für die es längst viel zu spät war, führt, sondern in die deutsche Einheit. Bundeskanzler Kohls Politik in diese Richtung wird von Kowalczuk ähnlich klar befürwortet („In dieser Phase war es ein historisches Glück, einen Mann wie Helmut Kohl zum Kanzler zu haben“, S. 542) wie von Neubert; er sieht zu ihr auch keine Alternative. Zudem wurde sie durch den Wählerwillen bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 nachdrücklich bestätigt.

Kowalczuk macht unter Berufung auf einige klassische Revolutions-theoretiker wie Crane Brinton, Kurt Lenk oder Hannah Arendt klar, dass es sich bei den Vorgängen von 1989/90 in der DDR tatsächlich um eine Revolution handelte. Dies vor allem, weil sie aus dem „Willen zur Freiheit“,

dem entscheidenden *Movens* von Revolutionen, entstand und weil sie die herrschenden politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Strukturen völlig beseitigte und durch eine neue Ordnung ersetzte (S. 540). Bei diesen Ausführungen werden Rolle und Einfluss der heutigen ‚Revolutionsignoranten‘, ‚Revolutionsleugner‘ und ‚Revolutionsneider‘, wie er sie nennt (v. a. S. 546ff.), klar überschätzt bzw. überstilisiert.

Einigermaßen unverständlich ist auch Kowalczyks fast wütendes Anschreiben gegen „die Rede von der ‚friedlichen Revolution‘“ (S. 401). Natürlich ist es richtig, dass vor dem Tag der Entscheidung, dem 9. Oktober 1989 in Leipzig, es immer wieder massiven staatlichen Gewalteinsetz gegen Demonstranten gegeben hatte, insbesondere am 7. Oktober. Doch weiß Kowalczyk natürlich auch, dass der Terminus „Friedliche Revolution“ zuallererst und nahezu ausschließlich den Verzicht der Demonstranten auf Gewalt meint, dass er den Respekt vor der großartigen Leistung der DDR-Bürger bekunden soll, den Sieg über die SED-Diktatur auf friedlichem Wege erreicht zu haben. Der Ruf „Keine Gewalt!“ war ja nicht nur als Aufforderung an die Staatsgewalt gerichtet, sondern war vor allem auch Selbstbekenntnis und Aufforderung an die Mitdemonstranten: „Wir wollen und werden keine Gewalt anwenden!“ Man kann außerdem konstatieren, dass sich der Terminus „Friedliche Revolution“ zur Bezeichnung des revolutionären Geschehens in der DDR 1989/90 nach und nach durchgesetzt hat.

Kowalczyks Sprachstil ist bei aller aus den dargestellten Ereignissen sich ergebenden Lebendigkeit und Spannung nüchtern, sachlich, unaufgeregt, wobei aber kein Zweifel an seiner Verachtung für das SED-Unrechtsregime aufkommt. Mit feiner Ironie oder auch herbem Spott begegnet er der Borniertheit, dem Starrsinn, der Ahnungs- und Tatenlosigkeit der SED-Oberen. Über diese gelingen ihm glänzende Charakterstudien. Er beschreibt sie in ihrem erhabenen Gefühl als Sachwalter unerschütterlicher Wahrheiten – immer um das Wohl der Partei besorgt, deshalb immer in Arbeit, immer mit ernster Miene, steril, frostig, unnahbar, unfreundlich, mürrisch. Sie waren omnipräsent, immer im „Parteiauftrag“ unterwegs, und sie verkörperten die „Parteidisziplin“. Angeblich repräsentierten sie die Staatsmacht, in Wirklichkeit handelte es sich um „organisierte Verantwortungslosigkeit“ (S. 42).

Leider kommt es, vielleicht einer zeitbedrängten Endredaktion geschuldet, recht häufig zu sprachlichen Unsauberkeiten orthographischer, grammatischer und vor allem stilistischer Art (z. B. S. 37, 38, 40, 60, 100, 102, 544). Bei allem Respekt vor Kowalczyks stupendem Detailwissen erscheint die Darstellung doch streckenweise, vor allem im ersten, hinführenden Teil, als zu detailbesessen, so, als habe er seinen Zettelkasten nun auch wirklich bis auf den letzten Rest leeren wollen. Der ist ihm ausgerechnet bei Honeckers Geburtsort im

Saarland ein wenig durcheinander geraten: richtig wäre Neunkirchen, nicht Saarlouis. Akzeptabel ist, dass Kowalczuk nur wörtliche Zitate belegt, um bei dem ohnehin beträchtlichen Umfang des Bandes den Fußnotenapparat nicht aufzublähen und den Lesefluss nicht zu stören.

Andreas Rödder, Jahrgang 1967, ist Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz. Er ist ein Schüler von Klaus Hildebrand, und er hat u. a. in der Reihe „Grundriß der Geschichte“ den Band über die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969 bis 1990 verfasst. Auch seine Darstellung kann heute bereits als Standardwerk gelten. Man kann sie zugleich als die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Phase von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit bezeichnen. Zwar sind auch die Arbeiten von Neubert und Kowalczuk von unbezweifelbarer wissenschaftlicher Seriosität und Qualität, doch schreibt Neubert eher aus der Sicht und der Erfahrung des mitwirkenden Zeitzeugen und Kowalczuk beschränkt sich eben auf die erste Phase des Geschehens bis hin zur Volkskammerwahl. Ähnlich wie für Neubert bildet für Rödder die Zeit vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 eine Einheit, die Wiedervereinigung sieht er als „untrennbaren Bestandteil des Gesamtvorgangs“ (S. 369) der „deutschen Revolution“, wie er sie durchgängig nennt; an dem echten revolutionären Charakter der Vorgänge lässt er wie Neubert und Kowalczuk und aus denselben Gründen wie diese keinen Zweifel. Er sieht die Revolution in den Traditionen der bürgerlich liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts, bei der es um Volkssouveränität, Freiheit und nationale Einheit ging.³²

Auch Rödder stützt sich auf eine beeindruckende Fülle gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials. Hervorzuheben sind, vor allem für den Prozess der Herstellung der deutschen Einheit, die Akten des Bundeskanzleramtes, deren wichtigste bereits 1998 in einem voluminösen Dokumentenband veröffentlicht wurden.³³ Auch Helmut Kohls Erinnerungen und die seines außenpolitischen Beraters Horst Teltschik nutzt er ausgiebig.³⁴ Dass in Rödders Darstellung das Bundeskanzleramt mit Recht als „Schaltstelle der westdeut-

32 So auch die Gesamteinschätzung bei Gerhard A. Ritter: *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung* (beck'sche reihe 1937). München 2009. Ritters Buch wird hier nicht weiter besprochen, weil es sich im Wesentlichen um eine verkürzte Ausgabe seiner bereits 2006 erschienenen, großartigen Arbeit „Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates“. München 2006, handelt. Im Vordergrund stehen wirtschafts-, finanz- und vor allem sozialpolitische Implikationen von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit. Zusammenfassung seiner Thesen auch in: Gerhard A. Ritter: Sozialpolitik im Prozess der Wiedervereinigung, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 15 (2008), S. 255–270.

33 *Deutsche Einheit*. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90.

34 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*. München 2005; Ders.: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007; Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin 1991.

schen Wiedervereinigungspolitik“ erscheint (S. 452), ist vor allem diesen Quellen zu verdanken. Für die DDR-Seite zieht Rödder insbesondere Quellen der Staatsorgane, des SED-Politbüros und des Ministerrats heran. Dazu natürlich Unterlagen aus den Gruppen und Parteien der Bürgerbewegung, persönliche Quellen und Selbstzeugnisse von Akteuren und Zeitzeugen-Interviews. Dazu kommen Vertragstexte, Parlamentsprotokolle, massenmediale Quellen u. v. a. m. Rödders Leistung liegt weniger in der Bereitstellung neuer Fakten zur Friedlichen Revolution, als in der souveränen Art, in der er die Stoffmassen anordnet und komponiert und sich dabei, bei allem Detailreichtum, nicht im Detail verliert, sondern die großen Linien im Auge behält. Dabei weiß er informativ, verständlich und spannend zu erzählen.

Klarer und ausführlicher als andere Autoren widmet sich Rödder der internationalen Vor- und Nachgeschichte und den diplomatischen Implikationen der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung. Beides beschreibt er als Teil des welthistorischen Umbruchs von 1989/91, als das sowjetische Imperium in Ostmitteleuropa und Südosteuropa zusammenbrach. Also muss auch Rödder mit Gorbatschows Reformpolitik beginnen, die alles ins Rollen brachte; sein Auftaktsatz „Am Anfang war Gorbatschow“ ist dafür Programm (S. 15). Wie Kowalczuk gebraucht auch er das Bild vom „Zauberlehrling“, der die von ihm gerufenen ‚Geister‘ nicht mehr los wird. Im Blick auf seine ursprünglichen Absichten zwar scheiterte seine Reformpolitik, doch indem er diesem Scheitern nicht mit Anwendung von Gewalt zu begegnen suchte, konnte es zu einem friedlichen Zusammenbruch des Imperiums kommen.

Vor dem Hintergrund des Niedergangs der Führungsmacht im Warschauer Pakt ist auch Gorbatschows Haltung zur deutschen Frage zu sehen, die von einem anfänglichen klaren „Njet“ zur schließlichen Zustimmung sogar zum Verbleib eines vereinigten Deutschland in der NATO schwenkte. Rödder beschreibt diese „Zickzackdiplomatie“ (S. 230) meisterhaft. Schon im Dezember 1988 hatte Gorbatschow in Abrückung von der Breschnew-Doktrin jedem Staat des Ostblocks seinen eigenen Weg hinsichtlich des politischen Systems und der gesellschaftlichen Entwicklung zugestanden. In diesem Sinne hatte sich auch das bereits erwähnte Abschlusskommuniqué des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Pakts im Juli 1989 geäußert.³⁵ Mit diesem Zugeständnis des Selbstbestimmungsrechts für jedes Volk war der spätere deutsche Einigungsprozess praktisch schon a priori abgesegnet.

35 Siehe oben Anmerkungen 4 und 5.

Von den übrigen Alliierten hat am ehesten und entschiedensten die USA den Weg zur deutschen Einigung geebnet. Präsident Bush unterstützte in einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl vom 9. Februar 1990 dessen Einigungsbestrebungen und bekräftigte, die USA würden jede Entscheidung der Deutschen akzeptieren.³⁶ Bush war klar, dass die Lösung der Deutschen Frage das endgültige Ende des Kalten Krieges und zugleich das für den Westen siegreiche Ende des Ost/West-Konfliktes bedeuten würden. Mit Bushs Brief als Faustpfand reisten Kohl und Genscher tags darauf zu einem Blitzbesuch nach Moskau. Der Kanzler erhielt von Staats- und Parteichef Gorbatschow die Zusage, dass es die Sache der Deutschen selbst sei, eigenverantwortlich Weg, Bedingungen und Zeitfaktoren ihrer nationalen Einigung festzulegen.³⁷

Rödder macht klar, dass diese weitgehenden Zusagen auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlich missglückten Perestroika-Reformen Gorbatschows zu sehen sind. Moskau brauchte die Bonner Milliarden – zwischen 1989 und Frühjahr 1991 sind 57,3 Milliarden DM geflossen –, musste konzessions- und kompromissbereit sein. Bei den westeuropäischen Partnern der Bundesrepublik ging der heftigste Widerstand gegen die deutsche Einheit zunächst von Frankreich, dann aber von Großbritannien aus. Premierministerin Margaret Thatcher fürchtete, ein vereinigtes Deutschland wäre „schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre“ (zit. S. 46)³⁸. Im erfolgreichen Zwei-Plus-Vier-Prozess, den Rödder ausführlich schildert, konnten alle Vorbehalte schließlich ausgeräumt werden.

Hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit eines zukünftigen vereinigten Deutschland korrigiert Rödder den nicht zuletzt von Kohls Memoiren, die er übrigens als Quelle generell sehr schätzt, erweckten Eindruck, das sowjetische Einverständnis zum Verbleib auch eines vereinigten Deutschlands in der NATO sei ein Ergebnis von Kohls Besuch im Kaukasus im Juli 1990 gewesen; tatsächlich hatten sich darüber Gorbatschow und US-Präsident Bush bei Gorbatschows Besuch in Washington Ende Mai schon geeinigt. (S. 259)

Ausführlich widmet Rödder sich der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Sie markiert das Ende des Übergangs zwischen den beiden Hauptphasen der Revolution. In der ersten Phase war diese ganz überwiegend eine ostdeutsche

36 Das Schreiben ist abgedruckt in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 784.

37 Das Gespräch zwischen Kohl und Gorbatschow vom 10.2.1990 in Moskau ist wiedergegeben, ebd., S. 795–807, siehe vor allem S. 805f.

38 Zu Thatchers Haltung vgl. Günter Heydemann: Zwischen Widerstand und Obstruktion. Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90, in: Deutschland Archiv 42 (2009) 1, S. 31–43.

Angelegenheit, wobei die im September/Oktober zu festen Bündnissen und Gruppen sich formierende oppositionelle Bürgerbewegung die entscheidende Kraft war. Rödder reduziert ihre überragende Bedeutung praktisch auf diese zwei Monate. Denn in dieser Zeit verband sie sich mit der Ausreisebewegung und mit dem Massenprotest auf den Straßen, was sehr rasch zum Mauerfall und zum Ende des SED-Regimes führte. Hier brachte die Oppositionsbewegung im engeren Sinn die Revolution um einen entscheidenden Schritt voran. Dann aber zeigte sich, dass die Ziele doch recht unterschiedlich waren: Während die „Ausreiser“ von der DDR einfach nichts mehr wissen und ihr nur den Rücken kehren wollten, wollten die Oppositionellen zu großen Teilen doch ihre zentralen Forderungen wie Partizipation, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die sich natürlich größtenteils mit den Wünschen der Ausreiser und der Demonstranten auf der Straße deckten, im Rahmen einer reformierten DDR verwirklichen. Nachdem seit dem Mauerfall die Forderungen der Demonstranten auf den Straßen immer deutlicher in Richtung auf Wiedervereinigung gingen, eine Option, die die Oppositionellen zumindest vorläufig nicht auf der Agenda hatten, verloren sie erheblich an Einfluss und politischer Bedeutung.

Schon 199 Tage nach der Volkskammerwahl war Deutschland vereinigt. Die warnenden Stimmen vor einem zu großen Vereinigungstempo glaubten sich schon in der zweiten Jahreshälfte bestätigt zu sehen, als die DDR-Wirtschaft rascher abstürzte als erwartet. Das lag vor allem daran, dass die Menschen nach der Währungsumstellung ihre kostbare D-Mark nicht mehr für die ungeliebten Ost-Produkte ausgeben mochten. So konnten die DDR-Betriebe ihre Produkte nicht mehr absetzen, und der zuvor ausgedehnte Export nach Osteuropa brach mit der Erosion des Sowjetreiches auch zusammen. Rödder nimmt Kanzler Kohl und seine Bundesregierung, deren Einigungspolitik bei ihm generell als klug und alternativlos erscheint, gegen jeden Vorwurf eines zu schnellen Tempos in Schutz. Dabei betont er auch hier, wie an vielen Stellen in seinem Buch, den im gesamten Einigungsprozess zu beobachtenden Vorrang des Politischen vor dem Ökonomischen: Natürlich seien die Warnungen der Ökonomen vor den möglicherweise fatalen Folgen einer zu raschen Währungsunion berechtigt gewesen. Aber der Vorschlag des Sachverständigenrates, vor der Einheit stufenweise die ostdeutsche Wirtschaft an die westdeutsche anzugleichen, wäre nur in langen Fristen, in einem geschlossenen Wirtschaftsraum und in einem Niedriglohnggebiet möglich gewesen. Es ist außerdem in allen hier vorgestellten Arbeiten unstrittig, dass ohne die Währungsunion die DDR spätestens im Sommer 1990 angesichts ihrer Auslandsschulden an Devisen in Höhe von ca. vier Milliarden Mark völlig zahlungsunfähig gewesen wäre. Oskar Lafontaines Vorschlag, der in ähnli-

che Richtung wie Modrows Ansinnen an die Bundesrepublik ging, voraussetzungslose, wengleich für die Westdeutschen akzeptable Finanzhilfen für die DDR zu leisten, hätte deren aussichtslos marode und funktionsunfähige ökonomische Strukturen nur weiter subventioniert und perpetuiert. Und vor allem hätte der Zustrom der DDR-Bürger in die Bundesrepublik weiter angehalten und sich wahrscheinlich dramatisch verstärkt. Allein zwischen November 1989 und Juli 1990 übersiedelten 400.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Die Demonstranten drohten mit dem Ruf: „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“

Die günstige weltpolitische Lage als Grund für das rasche Handeln wurde bereits besprochen. Nur wenige Monate nach der Wiedervereinigung wurde Gorbatschow gestürzt – da wäre das sowjetische Einverständnis kaum noch zu bekommen gewesen. Natürlich lag ein Grund für die Schnelligkeit auch darin, dass 1990 in der Bundesrepublik nun einmal Wahljahr war und Kohl deshalb unter dem Zugzwang stand, die deutsche Einheit bis dahin vollendet zu haben. Generell ist Rödder mit Recht der Meinung, dass ein Unternehmen von einer Größenordnung wie die Wiedervereinigung nicht ohne Unwägbarkeiten, Widersprüche, Fehleinschätzungen und Nachteile in Einzelfeldern zu haben ist und keine allseits zufriedenstellenden Lösungen zulässt (S. 279). Vielleicht darf man hier durchaus einmal an ein klassisches Zitat aus Schillers „Wilhelm Tell“ erinnern: „Wer allzu viel bedenkt, wird wenig leisten!“

Der 1935 in Berlin geborene, seit 2004 emeritierte Konstanzer Althistoriker *Wolfgang Schuller* hat die Etablierung der kommunistischen Diktatur in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) miterlebt. Er hat danach das Ziel der deutschen Einheit zeitlebens nicht aus den Augen verloren und hat früh die Zeichen der Zeit in dieser Richtung erkannt. Schon 1987 regte er angesichts der Entwicklung im sowjetischen Imperium und unter seinen Satelliten an, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse wieder gedacht werden. Insofern zeigt er auch keinerlei Verständnis für die „zum Teil wütenden Stellungnahmen gegen die Wiedervereinigung“ aus der Bundesrepublik, die für ihn „von deutschem Selbsthass zeugten“ (S. 290).

Sein Buch³⁹ nimmt unter den hier besprochenen Titeln eine Sonderstellung ein. Natürlich behandelt auch er die bedeutenden Zentren der Revolution wie Leipzig, Dresden und Berlin, stellt auch den 9. Oktober in Leipzig als den „Tag der Entscheidung“ nicht in Frage, doch legt er den Fokus eindeutig auf die dezentrale Perspektive, will die Ereignisse vor allem in der Fläche und in der Breite erfassen. Kleine, bislang eher unbeachtet gebliebene Zentren der Revolution kommen in den Blick: Plauen im Vogtland, Crivitz in Mecklenburg-

39 Schuller: Die deutsche Revolution 1989.

Vorpommern, Arnstadt und Rudolstadt in Thüringen oder auch die alte Bischofsstadt Magdeburg – alle mit alten Stadtkernen und Marktplätzen auf denen die Kundgebungen stattfanden.

Schuller meint, dass es Versammlungen und Demonstrationen in über 320 Städten und Dörfern gegeben habe und dass der Erfolg der Revolution nicht primär in den Zentren, sondern eben primär durch diesen flächendeckenden Charakter entschieden worden sei. Er setzt dieses dezentrale Element, die von ihm stark akzentuierte weite Verbreitung über Städte und Landschaften, das Vordringen der Revolution auch in kleine Dörfer und schließlich auch das Fehlen eines eindeutigen Zentrums überzeugend in Zusammenhang mit der aus dem Heiligen Römischen Reich überkommenen dezentralen Struktur Deutschlands und dem „allgemeinen historischen Befund, dass Deutschland schon immer die meiste politische, gesellschaftliche und kulturelle Kraft aus seiner Kleinteiligkeit und Vielfalt gezogen hat.“ (S. 308)

Auch vom Zeitfaktor her hatten die kleineren Zentren der Revolution oft die Nase vorn. Schuller stellt Plauen im Vogtland als erste Massendemonstration in der DDR vor, vor der die Staatsmacht kapitulieren musste. Er bezeichnet sie als die „außergewöhnlichste, weil aus dem Nichts kommende Massenkundgebung“ am Beginn der Friedlichen Revolution (S. 110). Dort gab es prozentual zur Einwohnerschaft die höchste Zahl an Demonstranten, dort wurde schon am 7. Oktober die Wiedervereinigung gefordert. Im Anschluss an die erneut gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 hatte sich hier eine kleine mutige Gruppe gebildet, die sich „Umdenken durch Nachdenken“ nannte und die furchtlos, mit Namen und Adressen, gegen die Falschwahl protestierte. Nach einer Friedensandacht am 5. Oktober, bei der Handzettel mit Demonstrationsaufrufen zum 7. Oktober verteilt worden waren und nachdem wenige Tage zuvor die Bewohner die durchfahrenden Züge mit den Botschaftsflüchtlingen mit „Das Vogtland grüßt den Zug der Freiheit“ begrüßt und dabei zahlreiche Verletzungen durch prügelnde Polizisten und Verhaftungen in Kauf genommen hatten, fanden sich am Tag des DDR-Staatsjubiläums zwischen 15.000 und 20.000 Menschen auf dem Theaterplatz zu einer Protestdemonstration ein. Die Forderungen auf den Handzetteln lauteten: „Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, Zulassung der Oppositionsgruppe Neues Forum sowie anderer unabhängiger Parteien und Umweltgruppen, freie, demokratische Wahlen, Reisefreiheit für alle Bürger!“ Dieses von den Ostmedien ohnehin verschwiegene Ereignis wäre auch von den Westmedien unbeachtet geblieben, hätte nicht eine unauffällige und unscheinbare 77-jährige Rentnerin Fotos von der Demonstration und dem brutalen Zuschlagen der Vopo über die Grenze nach Hof geschafft, wo sie von der „Frankenpost“ veröffentlicht wurden (S. 109f.).

Schuller macht an diesem Beispiel klar, dass die Revolution zwar gewaltfrei, aber vor dem 9. Oktober keineswegs harmlos und friedlich verlief.

Beeindruckend das Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr in Plauen, weil sich daran zeigen lässt, dass die Friedliche Revolution auch als demokratischer Lern- und Selbstfindungsprozess verlief: Zunächst beeindruckt von dem entsprechenden Befehl des örtlichen Polizeichefs, hatte die Feuerwehr in Ermangelung von Wasserwerfern Löschwasser in die Menschenansammlungen gespritzt, distanzierte sich aber schon am nächsten Tag bei klarer Besinnung schärfstens davon und versicherte der Bevölkerung, „das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder“ werde nie wieder vorkommen; es vereinbare sich in keiner Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr. (S. 113) Drei Tage später setzt man durch ein Spruchband noch eins drauf: „Feuerwehr für das Volk: JA! Wasserwerfer gegen das Volk: NIE WIEDER!“

Der Bedeutung, die Schuller der dezentralen Perspektive, den kleineren lokalen und regionalen Zentren beimisst, entspricht seine Beobachtung, dass in erster Linie die Bürger und die Masse der einfachen Menschen auf der Straße den Erfolg der Revolution sichergestellt haben, wengleich er den oppositionellen Intellektuellen die Initiativrolle nicht abspricht. Von den Demonstranten kam zuerst die Forderung nach parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster und nach Wiedervereinigung, während die Bürgerrechtler und oppositionellen Intellektuellen auf Basisdemokratie und Reform der DDR abzielten. In der Friedlichen Revolution, die Schuller als eine echte Revolution der Freiheit und vor allem der Selbstbefreiung begreift, sieht sich der Marxismus-Leninismus mit seiner eigenen geschichtstheoretischen Prognose konfrontiert – freilich mit negativem Vorzeichen –, wonach die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift.

Schuller gliedert seine angenehm flüssige und verständliche „Erzählung“ (S. 280) – er belegt nur wörtliche Zitate, verzichtet aber ansonsten auf (störende) Fußnoten – von der Friedlichen Revolution in einen ereignisgeschichtlichen und einen systematischen Teil, wobei der erstgenannte quantitativ wie qualitativ stärker erscheint. Der zweite, in dem Träger, Institutionen, Verlaufsmuster und Ziele der Revolution behandelt werden sollen, fällt doch ein wenig knapp und wohl von daher gelegentlich auch ein wenig undifferenziert aus – etwa wenn „die vielen Selbstmorde“ mit Verbitterung und Verzweiflung über den Verlust des alten Systems in Verbindung gebracht werden oder wenn er kirchliche Gebäude und Gemeindesäle als den „einzigsten Ort“ bezeichnet, an dem die Oppositionellen Betätigungsmöglichkeit fanden. (S. 285f.) Weit über den materiellen Gewinn an Lebenschancen und an Lebensqualität hinaus, den die revolutionäre Selbstbefreiung den Menschen in der DDR brachte, sieht Schuller

den Haupteffekt in der Chance zu einer neuen deutschen Identität, darin, „dass Deutschland in seinen jetzigen Grenzen zum ersten Mal in seiner Geschichte befriedet ist und weder durch äußere Mächte bedrängt wird, noch glaubt, eine Vorherrschaft in Europa anstreben zu müssen.“ (S. 311)

Ed Stuhler, Jahrgang 1945, hat in den 1970er Jahren an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin Kultur- und Literaturwissenschaften studiert und sich danach als freiberuflicher Autor mit zahlreichen Lied- und Theatertexten, Hörfunkfeatures und Buchveröffentlichungen hervorgetan, darunter eine Biographie über Margot Honecker.⁴⁰ In dem vorliegenden Buch⁴¹ will er die Arbeit der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière in Erinnerung rufen, die, wie er meint, fast vollständig aus dem Bewusstsein der Deutschen verschwunden sei. Er greift dabei im Wesentlichen auf Interviews zurück, die Minister und Staatssekretäre dieser Regierung sowie Mitglieder der letzten Volkskammer, insgesamt 34 Personen, im Rahmen der Fernsehdokumentation „Der Beitritt“ aus der Rückschau von 20 Jahren gegeben haben. Am ausführlichsten kommt Lothar de Maizière selbst zu Wort.⁴²

Stuhler will mit seiner Arbeit vor allem das immense Arbeitspensum und die Leistung würdigen, die die damaligen, im Politikgeschäft meist unerfahrenen Protagonisten in der Zeit von der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 bis zum 3. Oktober 1990 bei der Herstellung der deutschen Einheit erbracht haben. An de Maizières Allparteien-Regierung waren die CDU als der große Sieger der Volkskammerwahl, dann der DA, die DSU, die SPD und der liberale Bund Freier Demokraten (BFD) beteiligt. In nur 199 Tagen wurden von der Volkskammer 164 Gesetze verabschiedet, darunter drei Staatsverträge. Die kommunale Selbstverwaltung wurde wieder eingeführt, die 1952 zugunsten einer Bezirksstruktur aufgelösten Länder wurden wiederhergestellt, die Rechtsordnung der Bundesrepublik angeglichen; dazu kam die Mitarbeit an der Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, am Einigungsvertrag und am Zwei-plus-Vier-Prozess zur Wiedervereinigung. Die meisten der an diesen Prozessen beteiligten Akteure empfanden diese Zeit als die intensivste, spannendste und kreativste ihres Lebens. Viele von ihnen kamen aus dem Umfeld der Kirchen, waren Wissenschaftler, Lehrer oder Techniker; Lothar de Maizière hätte sich mehr Juristen in seinem Kabinett

40 Ed Stuhler: Margot Honecker. Eine Biographie. Wien 2003; Ders.: Margot Honecker. Die Biographie. München 2005.

41 Ders.: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010.

42 Zu de Maizières Wahrnehmung dieser Zeit vgl. auch: Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Außer dem oben genannten Grund, warum dieser Band hier nicht separat besprochen wird, liegt ein weiterer darin, dass de Maizière bei Stuhler ausgiebig zu Worte kommt.

gewünscht. Die politische Erfahrung dieser Akteure stammte zumeist aus ihrer Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch, der die Regierung Modrow als außerparlamentarisches Beratungs- und Verhandlungsgremium unterstützt hatte. De Maizière selbst war froh, dass er Detailfragen in der Regel mit Wolfgang Schäuble verhandeln konnte; von Kohl fühlte er sich offenbar geradezu an die Wand gedrückt (S. 58f.).

Eine besondere Schwierigkeit bestand für die Verantwortlichen darin, unbelastete und vertrauenswürdige Mitarbeiter zu finden, denn die bisherigen Funktionsebenen waren ja Teil des kommunistischen Systems gewesen; ohne westliche Berater kam man auch deshalb nicht aus. Die Urteile über sie aus ostdeutscher Sicht sind ambivalent: Laut de Maizière leisteten sie gute Arbeit, waren bemüht, „sich sehr sehr schnell in die östlichen Probleme und die Ostdenke einzufühlen“, ja, sie „waren zum Schluß die besseren Osis“ (S. 49). Andere beklagen an ihren Westhelfern Karrierestreben, mangelndes Eingehen auf DDR-Probleme und ein Denken und Handeln nach dem Motto „Alles weg und fertig“, wie die damalige Staatssekretärin im Kultusministerium, Gabriele Muschter, es formuliert (S. 173). Die These, seine Regierung sei „von den westlichen Beratern ferngesteuert gewesen“, weist de Maizière als „Legende“ zurück (S. 50).

Häufig richteten die Interviewten ihren Unmut gegen die Arbeit der Treuhand. Walter Siegert, Staatssekretär im Finanzministerium, meint, etwa ein Drittel der abgewickelten oder reprivatisierten Betriebe und Unternehmen hätten sich durchaus am Markt behaupten können, ein weiteres Drittel wäre sanierungsfähig gewesen. Insbesondere Rohwedder-Nachfolgerin Birgit Breuel habe die Privatisierung der Volkseigenen Betriebe „in unverantwortlicher Weise vorangetrieben“ und damit die industrielle Grundlage des Staates weitgehend zerstört (S. 147). Bedenklich, dass Stuhler solche Aussagen unkommentiert übernimmt und ihnen damit offenbar zustimmt. Dabei konnte man bereits im Jahr 1990 sehen, wie wenig konkurrenzfähig die ostdeutsche Wirtschaft war, was sich insbesondere nach dem Ausstieg der osteuropäischen Handelspartner nach der Währungsstellung zeigte.

Stuhler behandelt einige signifikante Teilgebiete, auf denen dringender Handlungsbedarf bestand, etwa die Umweltproblematik oder den Verfall der Städte, der Landwirtschaft und der Armee. Ein besonders ‚heißes Eisen‘ war der Umweltschutz. Bezeichnend der Seufzer des zuständigen Ministers Karl-Hermann Steinberg: „Es war katastrophal!“ (S. 160); Pseudokrapp und Asthma durch dramatisch überhöhten Schwefelausstoß, Verunreinigung der Gewässer etwa durch die Rückstände bei der Zellstoffproduktion, radioaktive Belastung durch Uranabbau für die sowjetische Atomindustrie. Das Umwelt-Thema war für den Umbruch in der DDR von vorrangiger Bedeutung, denn viele unter den Bürgerrechtlern waren Umweltschützer.

Die Dramatik, auch bisweilen ‚Komik‘ der Vorgänge und Situationen beim DDR-Weg in die deutsche Einheit kommen in den Schilderungen der Zeitzeugen gut zur Geltung. Sichtbar werden Enttäuschung und Frust über die weitgehende Weststeuerung der Prozesse in dieser Phase, aber auch die Zunahme von Rivalität der Ostpolitiker untereinander, je näher die Wiedervereinigung und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl rücken. Spannend, wie der Klappentext verspricht, ist dies alles durchaus, auf tief-schürfende Analysen und Wertungen dagegen verzichtet der Verfasser, bietet nur den chronologisch ereignisgeschichtlichen Rahmen für die subjektive Sicht derer, die den Prozess der Einigung gestaltet haben. Die Wiedervereinigung erscheint dabei eher wie eine Übergabe der DDR an die Bundesrepublik. Indem Stuhler hinter die Aussagen seiner Zeitzeugen zurücktritt, pflichtet er ihrer Enttäuschung, bisweilen Verbitterung weitgehend bei, greift nicht mit einer kommentierenden oder korrigierenden Außenperspektive ein, zum Beispiel mit anderen zeitgenössischen Quellen. Er bekennt sich allerdings bewusst zu diesem methodischen Vorgehen. Am ehesten ‚korrigiert‘ noch Lothar de Maizière, der schon wegen des eigenen Selbstwertgefühls, aber offenbar auch aus wirklicher Überzeugung nicht den Eindruck aufkommen oder stehen lassen will, als habe er nur die Akquisition der DDR durch die Bundesrepublik moderiert. Beipflichten kann man dem Verfasser gewiss in dem Respekt vor der Leistung der ostdeutschen „Laienspielschar“, wie der damalige bayerische Ministerpräsident Max Streibl die Akteure nannte. Knappe biographische Abrisse zu den auftretenden Zeitzeugen hätten dem Buch gut getan.

Der Band von *Hanns Jürgen Küsters* beschreibt und erläutert kenntnisreich, umfassend und umsichtig das ‚Management‘ des Wiedervereinigungsprozesses im deutschen Bundeskanzleramt.⁴³ Küsters’ Darstellung ist im Wesentlichen die Wiedergabe seiner voluminösen Einführung, die er 1998 zu der von ihm hauptverantwortlich bearbeiteten und bereits erwähnten Sonderedition von Akten zur deutschen Einheit aus dem Bundeskanzleramt verfasst hatte.⁴⁴ Küsters ist nun, gut 10 Jahre nach Erscheinen des Dokumentenbandes, der Anregung eines Rezensenten gefolgt und hat aus der damaligen Einleitung ein eigenständiges Taschenbuch gemacht. Er hat seinen früheren Text an solchen Stellen aktualisiert, „wo neue Veröffentlichungen vertiefte Erkenntnisse bieten“ (S. 12), und er hat ihn um einige Anmerkungen erweitert.

Da es sich also um eine erweiterte Neuauflage handelt, wird hier nicht so ausführlich auf die Arbeit eingegangen, wie auf die übrigen. Sie zu besprechen

43 Hanns Jürgen Küsters: *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90.* Freiburg/Breisgau 2009.

44 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90: Einführung* S. 21–236.

ist aber in unserm Zusammenhang lohnend, auch um an die dahinterstehende Sonderedition aus dem Jahr 1998 zu erinnern, denn sie bildet den wichtigsten verfügbaren Quellenfundus zur deutschen Einheit von westdeutscher Seite. Der Rezensent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat sie seinerzeit als „das fesselndste Buch dieses Sommers“ gelobt.⁴⁵ In der Tat ist der Dokumentenband – er wiegt zwei Kilogramm und hat 1.667 Seiten, wovon Küsters' Einleitung 225 Seiten umfasst – nicht nur nach Gewicht und Umfang ein ‚Schwergewicht‘. Vor allem wird inhaltlich die unglaubliche Dynamik der Ereignisse erkenn- und erlebbar, die von Mitte 1989 bis zum Herbst 1990 der Vereinigung Deutschlands vorausgingen. Der Band zeigt gleichsam minutiös, wie denn die Wiedervereinigung genau abgelaufen ist. Er belegt nachdrücklich, dass das Bundeskanzleramt die Zentrale der westdeutschen Wiedervereinigungspolitik war. Er geht zurück auf eine geschichtspolitische Initiative des Bundeskanzlers und ist ein wahrer Glücksfall für alle an der Zeitgeschichte und insbesondere an der Geschichte der untergehenden DDR und der deutschen Einheit interessierten Leser. Abweichend von allen auch international gültigen Regeln, Regierungsdokumente frühestens 30 Jahre nach ihrem Entstehen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, werden hier 430 der wichtigsten Dokumente aus dem Bundeskanzleramt im Rahmen der vierbändigen „Geschichte der Deutschen Einheit“ publiziert, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Gewiss wäre es sinnvoll, auch die Akten des Auswärtigen Amtes in ähnlicher Weise zu publizieren oder zumindest zugänglich zu machen. Aber sie sind bis heute unter Verschluss.

Küsters' Arbeit unterstreicht den von den Akten vermittelten Eindruck, dass neben den Regierungszentralen in Washington und Moskau das Bundeskanzleramt in Bonn das wichtigste „Koordinations- und Entscheidungszentrum des Wiedervereinigungsprozesses“ war (S. 11). Es wird deutlich, dass unter den westlichen Verbündeten die USA am frühesten und konsequentesten den Einigungsprozess unterstützt haben. Präsident Bush stellt allerdings zwei Bedingungen: Die Deutschen bleiben Mitglied der NATO, und sie halten auch im Fall der Wiedervereinigung ihre Truppen in Europa und auch in Deutschland präsent (S. 161f.), was Kohl später zusagt. Nach erfolgter Einheit schickt Bush Kohl eine Proklamation, mit der er mit Einwilligung des Kongresses den 6. Oktober 1990 zum Deutsch-Amerikanischen Tag erklärt – zur Erinnerung an das erste Eintreffen deutscher Einwanderer auf amerikanischem Boden am 6. Oktober 1683. In der Proklamation kommt der Stolz der Amerikaner zum Ausdruck, zur deutschen Einheit beigetragen

45 Heinrich Maetzke, in: FAZ, 1. September 1998.

zu haben. Bush setzt der Ausfertigung der Urkunde für Helmut Kohl handschriftlich hinzu: „Dear Helmut – I had a tear of joy in my eye when I signed this“.⁴⁶

Diese persönliche Widmung von Bush an den „Kanzler der Einheit“ steht symptomatisch dafür – und davon zeugt auch Küsters’ Darstellung – in welchem hohem Maße Bundeskanzler Kohl unmittelbar als Person die Schlüsselrolle bei der Herstellung der Einheit einnahm. Es gelang ihm mit hunderten von Telefonaten und Besuchen, bei allen relevanten Gesprächspartnern Vertrauen in seine persönliche Verlässlichkeit und die der Deutschen zu begründen oder zu sichern, die europäischen Nachbarn zu beruhigen und ihre Furcht vor einem national erstarkenden Deutschland zu zerstreuen.⁴⁷ Das geschah etwa mit der Zusage zu einem Milliardenkredit an Moskau, zur fortdauernden Anerkennung der Oder/Neiße-Linie als polnische Westgrenze, zum Verzicht auf ABC-Waffen, zum Abbau der Truppenstärke, zum bereits erwähnten Verbleib der Deutschen in der NATO und im EU-Prozess gegenüber den USA sowie zum Verzicht auf Korrektur der sowjetischen Bodenreform in den Jahren 1945 bis 1949. Dazu kamen Kohls Beharrungsvermögen, nachdem er einmal die Chance zur raschen Einheit erkannt hatte sowie sein Gespür, im richtigen Moment die passende Strategie zu haben oder – wie er es Gorbatschow gegenüber mit einem von Bismarck benutzten Bild erläutert: „Wenn Gott durch die Geschichte schreitet, muss man versuchen, einen Zipfel seines Mantels zu erfassen“. Indem Kohl fortfährt, diese Worte seien charakteristisch für „unsere Zeit“, fordert er sehr geschickt Gorbatschow auf, es ihm gleichzutun und die Gunst der Stunde und des Schicksals zu nutzen, Europa und die Welt zu verändern.⁴⁸

Aus der Fülle der in den fraglichen Gedenkjahren erschienenen Erinnerungsliteratur ragt das Buch von Joachim Gauck wegen seiner sprachlichen Kraft und seines authentischen moralischen Anspruchs, der sich auf Wesen

46 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 1555.

47 Diese war beim französischen Staatspräsidenten Mitterrand besonders ausgeprägt. Anders als seine britische Amtskollegin Margaret Thatcher war er aber durchaus für eine möglichst rasche deutsche Wiedervereinigung. Nur wollte er insbesondere die Fragen der polnischen Westgrenze und der deutschen Bündniszugehörigkeit geregelt sehen und den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, vor allem die Einführung des Euro, durch die deutsche Vereinigung nicht behindert sehen. Vgl. Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, v. a. S. 24–26, S. 123–127 u. ö.

48 Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow, S. 458, Dok. Nr. 102: Gespräch Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl am 15. Juli 1990. – In der Wiedergabe des Gesprächs von deutscher Seite ist diese Kohl-Passage verkürzt wiedergegeben – der Aufforderungscharakter an Gorbatschow kommt deshalb weniger klar zum Ausdruck; vgl: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 1340, Dok. Nr. 350: Gespräch Bundeskanzler Kohl mit Präsident Gorbatschow am 15.7.1990 in Moskau.

und Begriff der Freiheit richtet, heraus; es sei deshalb als einziges aus dieser Gattung hier besprochen.⁴⁹

Joachim Gauck, geboren 1940 in Rostock, gehörte zu den führenden Köpfen der demokratischen Oppositionsbewegung in der DDR. Er hat nicht rebelliert, ist nicht als Fundamentaloppositioneller aufgetreten, war aber ein Gegner des Regimes von Anfang an. Ein traumatisches Erlebnis seiner Kindheit trug früh dazu bei: 1951 wurde sein Vater „abgeholt“ (S. 33) und von einem sowjetischen Militärtribunal wegen angeblicher Spionage und „antisowjetischer Hetze“ zu zweimal 25 Jahren Haft in Sibirien verurteilt – das damals übliche Strafmaß; nach vier Jahren wurde er vorzeitig entlassen.

Gauck wuchs an der Ostseeküste in Mecklenburg auf, engagierte sich in der offen verfolgten Jungen Gemeinde, studierte Theologie in Rostock, war Pfarrer in Lüssow im Kreis Güstrow, später in Rostock-Evershagen; er stand in diesen Jahren dauerhaft im Visier der Staatssicherheit. In der Friedlichen Revolution, die im Norden mit leichtem zeitlichen Verzug begann, schloss er sich dem „Neuen Forum“ an und wurde Anfang Dezember an den Zentralen Runden Tisch berufen. In der letzten Volkskammer leitete er als Mitglied des Innenausschusses einen Sonderausschuss zur Auflösung der Stasi; damit wurde die Aufarbeitung der SED-Diktatur vorwiegend über Sicherung, Auswertung und Bereitstellung der Stasi-Akten fortan zu seiner Mission. Sehr ausführlich und doch äußerst spannend beschreibt Gauck die Arbeit dieses Ausschusses, dem es gelingt, ein Stasi-Unterlagen-Gesetz vorzubereiten, das schon am 24. August 1990 von der Volkskammer angenommen wird. Es regelt für den Einzelnen und für die Öffentlichkeit das Recht des geregelten Zugangs zu den Akten.

In der vereinigten Bundesrepublik wurde Gauck nach dieser Bewährung zum ersten „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ berufen. Heute ist er als Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ weiter mit der Aufarbeitung von Unrecht in Diktaturen befasst.

Als Pfarrer engagierte Gauck sich vor allem in der Jugendarbeit, war Stadtjugendpfarrer in Rostock. Wie Hunderte seiner Amtskolleginnen und -kollegen hat er inhaltlich und organisatorisch daran mitgewirkt, ein Netzwerk engagierter, an Bürger- und Menschenrechten, an ökologischen und Friedensfragen interessierter Menschen zu schaffen, die dann dem revolutionären Aufbruch Gerüst und Kontur gaben (S. 202). Wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen erlebt er in Rostock seit Sommer 1989 die „Wiedergeburt

49 Joachim Gauck: Winter im Sommer, Frühling im Herbst. Erinnerungen. In Zusammenarbeit mit Helga Hirsch. 15. Aufl. München 2009.

des mündigen Bürgers“ (S. 207): Frühling im Sommer! Was den Leipzigern der Montag ist, wird den Rostockern der Donnerstag. Gauck erstellt für die Friedensgottesdienste die politische Predigt und wird damit in den Medien zum „Revolutionspastor“ (S. 213). Die Stasi notiert über ihn, er gehöre zu den „Organisatoren demonstrativer, gegen Staat und Gesellschaft gerichteter Handlungen“ (Zitat S. 218).

Anders als die meisten seiner Mitstreiter aus der bürgerlichen Oppositionsbewegung tritt Gauck schon frühzeitig für die deutsche Einheit ein, ja, er beginnt, „für die Einheit zu werben“ (S. 227). Werftarbeitern in Rostock erklärt er: Wenn wir sowieso den Sozialismus in Richtung auf westliche Modelle von Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft reformieren wollen, „wozu sollte dann ein eigener ostdeutscher Staat gut sein?“ (S. 227).⁵⁰ Die Sicht auf das politische Wollen der Bürgerrechtler ist zwar auch bei Gauck durchaus differenziert, aber in der Hauptsache sieht er sie doch auf der Suche nach einem verbesserten Sozialismus (S. 198). Dem Mauerfall und damit der Aufbruchmöglichkeit nach dem Westen standen sie skeptisch gegenüber, weil sie fürchteten, damit gehe menschliches Potenzial für die Reformen in der DDR verloren – Bärbel Bohley vom Neuen Forum sah die Gefahr eines „Ausverkaufs der DDR“; die meisten Bürgerrechtler, so Gauck, waren „weiter Feuer und Flamme für die Veränderungen der Gesellschaft zu Hause“ (S. 222). In Rostock entstand sogar als Allianz aus Kirchenleuten und Oppositionellen eine „Vereinigte Bürgerinitiative für einen neuen Sozialismus in einer eigenständigen DDR“ (S. 226). Hinter solcher Abneigung gegen die Einheit stehe oft ein von der SED übernommenes Zerrbild von der Bundesrepublik als eines von Konsumterror, Arbeitslosigkeit, Drogen und Prostitution beherrschten kapitalistischen Staates. In der Skepsis der Bürgerrechtsgruppen gegenüber der Einheit sieht auch Gauck den Hauptgrund für ihre bittere Niederlage bei der Volkskammerwahl. Gauck kann sich hier einmal einer milde ironisch-spöttischen Wortwahl nicht erwehren, die ansonsten nicht zu der unaufgeregt-nüchternen, integrativen Sprache des Buches passt: „Sie allein meinten zu wissen, was für das Volk gut sei, das aber ließ sich in seiner Unreife leider vom Westen, von Helmut Kohl verführen“. (...) Er, der Einheitsbefürworter, ist der einzige Kandidat aus der Bürgerbewegung in Mecklenburg-Vorpommern, der für das Bündnis 90, in das das Neue Forum integriert ist, in die Volkskammer einzieht.

50 Gaucks Frage erinnert an eine ebenfalls rhetorische Frage, die beim Beginn des Aufbruchs in der DDR der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden US-amerikanischen Außenminister Eagleburger stellt und in der ganz früh die Frage der möglichen Einheit schon anklingt: Was sei die DDR ohne das kommunistische System: „Deutschland!“ Eagleburgers Antwort: „Sehr gut!“ (Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 397).

Den breitesten Raum nehmen in Gaucks Erinnerungen verständlicherweise die zehn Jahre von 1990 bis 2000 als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR ein. Aus einfachsten äußeren Verhältnissen baut Gauck diese Behörde auf, die schon bald wie selbstverständlich mit seinem Namen identifiziert wird: die Gauck-Behörde. Er wird darin zur personifizierten Aufarbeitung der Stasi- und DDR-Vergangenheit und zu einem „reisenden Demokratielehrer“, wie er es selbst gern versteht (S. 327). Unschätzbare Hilfe leistet ihm dabei „sein“ Direktor Hansjörg Geiger, ein Jurist mit Verwaltungserfahrung, der zuvor Referatsleiter beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz war; ihn und seinen Nachfolger Peter Busse lobt Gauck über den grünen Klee. Bereits im Dezember 1991 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Stasi-Unterlagen-Gesetz, das in seinen Möglichkeiten zur Einsichtnahme in die Stasi-Akten weiter geht als das erste, noch von der DDR verabschiedete und das die Opfer besser schützt: Die Akten sind der Öffentlichkeit zur politischen, juristischen und historischen Aufarbeitung zugänglich zu machen, dabei dürfen nun sogar die Klarnamen von Informellen Mitarbeitern (IM) angegeben werden. Die Akten der Opfer bleiben nur für diese selbst offen, es sei denn, sie gestatten Dritten die Einsicht. Gauck sieht dieses Stasi-Unterlagen-Gesetz als Erfolg und Bestätigung für die Arbeit seiner Behörde, in der er „Leuchttürme der Aufklärung“ versammelt sieht (S. 278). Sie hat bei seinem Weggang über 3.000 Mitarbeiter; ca. 96 Prozent davon stammten zu Gaucks Zufriedenheit aus den neuen Bundesländern. In den ersten 100 Tagen nach Geltung des neuen Gesetzes stellen 420.000 Personen einen Antrag auf private Akteneinsicht; bis Frühjahr 2006 waren es deutlich mehr als sechs Millionen.

Gauck widmet sich seiner Arbeit als Bundesbeauftragter vor allem deshalb so engagiert, weil er offenbar darin die Vollendung der Friedlichen Revolution von 1989 sieht. Er ist überzeugt, dass im Kampf gegen den Stasi-Apparat der „revolutionäre Charakter“ des Umbruchs in der DDR am deutlichsten zum Ausdruck kam. Denn die Stasi, so seine These, war als „Schild und Schwert der Partei“ *die* Machtgrundlage der SED schlechthin – loyaler und schlagkräftiger noch als Volksarmee und Volkspolizei, so dass mit ihrer Ausschaltung auch dem System als Ganzem die Grundlage entzogen war. Deshalb ist für Gauck auch die Einnahme des Stasi-Hauptquartiers in Berlin-Lichtenberg am 15. Januar 1990 der revolutionäre Höhepunkt des Umbruchs, nicht der Mauerfall (S. 277f.).

Entschieden wendet Gauck sich gegen jede Schlussstrich-Mentalität in der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von „Verständnis-Wessis“, die das Unrecht entschuldigen, indem sie ‚den Deckel draufmachen‘ wollen, ist da in ironisierender Distanz die Rede. Für Helmut Kohls Position, der – nicht nur im

Blick auf seinen eigenen Fall – die Stasi-Akten am liebsten in ein großes Loch hätte verschwinden lassen, zeigt er bei allem Respekt vor dessen politischer Leistung, keinerlei Verständnis – ebenso wenig übrigens, wie für Einheits-Zweifler in der SPD wie Willy Brandt und Walter Momper. Vergeben, so Gauck auf den häufig gehörten Einwand, ob das Wissen aus den Akten nicht Versöhnung und Vergeben erschwere, könne man nur das, was man zunächst einmal wisse (S. 322). Deshalb seien Aktenöffnung und Aufarbeitung notwendig und müssten auch weitergehen; schließlich handelt es sich um eine Aktenmenge von insgesamt 204 Kilometer.

Gaucks Nachfolgerin wurde Marianne Birthler, ebenfalls eine prominente Protagonistin der Friedlichen Revolution. Gauck selbst hätte sich nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundesbeauftragten die Übernahme einer politischen Aufgabe vorstellen können. Aber als ein Parteiloser, der er offenbar auch bleiben wollte und der sich als „linker, liberaler Konservativer versteht“, sah er dazu keinen Aktionsraum – zumindest nicht im Deutschen Bundestag (S. 326).

Joachim Gauck hat ein sehr politisches und zugleich emotional anrührendes Buch geschrieben. Seine entscheidende Antriebskraft war seit seiner Kindheit und Jugend, in der Zeit des revolutionären Aufbruchs, in seinem Amt als Bundesbeauftragter und ist bis heute der Glaube an die und die Sehnsucht nach der Freiheit, die ihm zugleich als engste Verwandte der Menschenwürde erscheint – dies bekundet er in überzeugender Weise im letzten Kapitel seines Buches. Freiheit vor und von allem ideologischen, politischen, rassischen, sozialen oder wie auch immer gearteten Unrecht, das man freilich kennen muss, um es zu verzeihen und sich zukünftig vor ihm zu schützen. Die „weiche Landung“ von Mitgliedern der DDR-Funktionseleiten nach dem Untergang der Diktatur (S. 283) wundert und ärgert ihn zwar, aber er begegnet ihnen nicht als Eiferer und Inquisitor, sondern im Bemühen um Versöhnung. Die moralische Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit seines Anliegens machen die Stärke von Gaucks Erinnerungen aus, sie zeugen von einer authentischen, charismatischen Persönlichkeit. Mit unverkennbarem Stolz, aber fern aller Selbstgefälligkeit berichtet er vom Erfolg seiner Aufklärungsarbeit. Offen spricht er auch von der Trennung von seiner Frau. Er bindet die Aufgabenfülle im neuen Amt des Bundesbeauftragten zwar durchaus in den Ursachenkomplex für das Scheitern der Ehe ein, ohne jedoch alles darauf zu schieben: „Was symbiotisch begonnen hatte, war nicht in einen Prozess des gemeinsamen Reifens übergegangen.“ (S. 249)

Gaucks Erinnerungen sind glänzend formuliert und sehr sorgfältig redigiert. Sprachliche oder inhaltliche ‚Ausrutscher‘ kommen praktisch nicht vor, sieht man einmal davon ab, dass Ibrahim Böhme der Allianz für Deutschland statt der SDP bzw. SPD zugeordnet wird (S. 266). Das Buch wurde 2010 mit

dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet. Dieser wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergeben und ehrt ein Buch, das von geistiger Unabhängigkeit zeugt und dazu beiträgt, bürgerliche Freiheit sowie moralischen, intellektuellen und ästhetischen Mut zu fördern.

Abschließend sei noch auf eine Publikation hingewiesen, die erst nach Fertigstellung des Rohmanuskripts zum vorliegenden Beitrag erschien und auf die deshalb nur knapp eingegangen werden kann, die aber für den hier behandelten sachthematischen Zusammenhang der Geschichte der deutschen Wiedervereinigung höchst aufschlussreich ist. Es handelt sich um die bereits erwähnte (Anm. 9) deutsche Übersetzung von sowjetischen Dokumenten zur Deutschen Frage aus den Jahren 1986 bis 1991, in deren Mittelpunkt Denken und Handeln Michael Gorbatschows stehen. Geboten werden vor allem Protokolle und Aufzeichnungen zu Telefonaten und Treffen Gorbatschows mit deutschen und nichtdeutschen, ausländischen Staatsmännern und Politikern (z. B. H. Kohl, H.-D. Genscher, W. Brandt, R. v. Weizsäcker, E. Honecker, E. Krenz, H. Modrow, G. Gysi, L. de Maizière sowie G. Bush, F. Mitterrand, M. Thatcher, G. Andreotti, J. Baker, R. Dumas, D. Hurd, G. de Michelis). Dazu kommen Notizen zu Sitzungen des Politbüros der KPdSU oder zu Besprechungen zwischen Gorbatschow und seinen engen Beratern. Der sehr sorgfältig gestaltete Band ist durch ein Orts- und Sachregister sowie durch ein annotiertes Personenregister erschlossen. Außerdem durch einen gründlichen, detaillierten Fußnotenapparat, der die abgedruckten Dokumente in ihren Überlieferungszusammenhang stellt und inhaltliche Erläuterungen gibt.

Nachdem Gorbatschows Glasnost und Perestroika-Reformen nicht den erhofften Erfolg zeitigt hatten, sich insbesondere die wirtschaftliche Talfahrt weiter fortsetzte, geriet auch der Führungsanspruch der kommunistischen Partei immer mehr in Bedrängnis; Anfang des Jahres 1990 wurde er aus der sowjetischen Verfassung gestrichen. Reformen in Richtung auf mehr Demokratie, Teilhabe, Rechtssicherheit, wirtschaftliche Prosperität und materiellen Wohlstand, konnte man nun den sozialistischen „Bruderländern“ kaum verweigern, zumal Gorbatschow bei seinem Auftritt vor der UNO Anfang Dezember 1988 die Unumkehrbarkeit des Übergangs der UdSSR zu einer grundsätzlich neuen Politik bekundet hatte, zum Verzicht auf ideologische oder politische Vorgaben gegenüber den Staaten ihres bisherigen Machtbereichs. All dies war eine entschiedene Abkehr von der Breschnew-Doktrin, auch ein Bekenntnis zu den Werten der KSZE-Schlussakte von Helsinki und zu der Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“.⁵¹

51 Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow, S. 38–48, Dok. Nr. 16: Gespräch Gorbatschows mit Bundespräsident von Weizsäcker am 7. Juli 1987 in Moskau, Zitat S. 47.

Die Ereignisse in der DDR 1989 und die damit sich neu stellende Deutsche Frage lieferten gleichsam eine Probe aufs Exempel, wie ernst es der Sowjetführung mit dem „neuen Denken“ tatsächlich war. Hier erweist es sich als sehr günstig, dass die Dokumentation bereits mit dem Jahr 1986 einsetzt und so sichtbar wird, dass atmosphärische Veränderungen in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sich schon im Juli 1987 bei der Moskaureise von Bundespräsident Richard von Weizsäcker gezeigt hatten; hier schon hatte Gorbatschow dafür plädiert, in den beiderseitigen Beziehungen „eine neue Seite aufzuschlagen“ und eine Vereinigung Deutschlands im Prinzip nicht ausgeschlossen.⁵² Mit Kohls Besuch in Moskau im Oktober 1988 und Gorbatschows Gegenbesuch in Bonn Anfang Juni 1989 wurde diese Linie fortgesetzt und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut. Die bei diesen Besuchen entstandenen Dokumente lassen erkennen, dass es sich hier um einen echten Durchbruch handelte und dass hier faktisch schon der Anfang für den Prozess der Vereinigung Deutschlands gemacht wurde. Gorbatschow bekundete im Vieraugengespräch mit Kohl noch einmal: „In Bezug auf unsere Bündnispartner gilt bei uns ein festes Konzept: Jeder ist für sich selbst verantwortlich.“⁵³ In einer „Gemeinsamen Erklärung“ zu diesem Besuch bekräftigen beide „das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen ...“ (S. 166) und in einer abschließenden Pressekonferenz äußert Gorbatschow auf eine entsprechende Journalistenfrage: „Die Mauer kann verschwinden, wenn die Voraussetzungen wegfallen, die sie hervorgebracht haben. Ich sehe hier kein großes Problem“ (S. 185).

In der DDR zeigten die SED-Machthaber freilich kein Gespür für diese neuen Entwicklungen, die Gorbatschow dadurch bekräftigte, dass er bei den Massendemonstrationen und beim Fall der Mauer auf Waffeneinsatz verzichtete und die DDR, wie angekündigt, ihrem Schicksal überließ. Zwar glaubte Gorbatschow nach dem Sturz Honeckers zunächst noch, dass die neue Führung der SED mit Egon Krenz in der Lage sein werde, den Sozialismus in der DDR im Sinne von Glasnost und Perestroika zu reformieren und zu erhalten und dass damit eine schrittweise Annäherung an westlich-demokratische Muster und irgendwann auch einmal die Wiedervereinigung möglich sein werde. Doch spätestens seit Krenz' Besuch in Moskau am 1. November 1989, der die wirtschaftlich desolate Lage der DDR offenbarte, wusste Gorbatschow, dass die Tage der SED und der DDR überhaupt gezählt waren.⁵⁴ So war es auch

52 Ebd., Zitat S. 38.

53 Ebd., S. 143–152, Dok. Nr. 34: Vieraugengespräch Gorbatschow mit Kohl am 12. Juni 1989 in Moskau, Zitat S. 148.

54 Ebd., S. 213–227, Dok. Nr. 52: Gespräch Gorbatschows mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz am 1. November 1989. Hier endlich erkennt und bekennt Krenz auch den „Kardi-

aus diesem Blickwinkel nur konsequent, dass Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch in Moskau am 10. Februar 1990 von Gorbatschow die Versicherung erhielt, „dass zwischen der Sowjetunion, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit der deutschen Nation bestehen und dass die Deutschen diese Frage selbst entscheiden.“ (S. 326) Bei einem weiteren Besuch in Moskau, der mit einem gemeinsamen Besuch in Gorbatschows Landhaus in Archys im Kaukasus abschließt, erhält Kohl dann auch die Zusage: „Das vereinigte Deutschland ist Mitglied der NATO.“ (S. 465)⁵⁵, was zuvor freilich schon Gorbatschow und Bush untereinander abgestimmt hatten.

Zum Verständnis des Prozesses der deutschen Einheit im Gefolge der Friedlichen Revolution in der DDR ist der hier vorgestellte Band eben so unverzichtbar wie die Sonderedition „Deutsche Einheit“ aus den Akten des Bundeskanzleramtes. Er verdeutlicht, wie angesichts des Machtverfalls der SED in der DDR die sowjetische Staats- und Parteiführung auf die weitere Entwicklung Einfluss zu nehmen versucht, die unausweichlich auf die deutsche Einheit zuläuft, die, für Gorbatschow schon seit langem denkbar, freilich nur in langfristigen Perspektiven, nun auch in ihrem unerwartet raschen Verlauf von ihm nicht mehr behindert wird, weil er entschlossen ist, sich an die KSZE-Beschlüsse und an seine Zusagen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker im Geiste einer neuen, ‚entideologisierten‘ Zeit zu halten. So sieht er, nachdem die generelle Linie feststeht, seine Hauptaufgabe darin, „den unausweichlichen Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands in geordnete Bahnen zu lenken.“ (S. XXXI) Der Band erweitert beträchtlich unser Hintergrundwissen über die Motive der handelnden Personen und über die Interessen der Staaten, für die sie stehen.

Mit Recht auch steht der letztgenannte Band am Ende unserer Übersicht zu wichtiger jüngst erschienener Literatur zur Friedlichen Revolution und zur deutschen Einheit. Er führt noch einmal eindringlich vor Augen, in wie hohem Maße die deutsche Einigung ein multinationaler Prozess war. Keineswegs war es so, wie oft gehört, dass die Friedliche Revolution in der DDR gleichsam wie von selbst zur Wiedervereinigung führte, vielmehr bedurfte es erheblichen politischen und diplomatischen Geschicks der führenden Staatsmänner und ihrer Beamten, zumal die deutsche Einheit in den Prozess der europäischen

nalfehler“ der DDR; dieser „bestand wahrscheinlich darin, dass keine ernsthaften Schlussfolgerungen aus den neuen Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung gezogen wurden, die in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern begonnen hatten und in der DDR selbst überfällig waren“ (S. 215).

55 Vgl. zu diesem Kohl-Besuch ausführlich Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 343–357.

Integration einzubinden war. Dass die Revolution in der DDR friedlich ablief, war Voraussetzung, aber zugleich auch schon Ergebnis der bei allem Tempo der Ereignisse doch im neuen Geist von Versöhnung und Partnerschaft besonnen ablaufenden Verhandlungen. Man kann sagen, dass die Lösung der Deutschen Frage ein entscheidender Faktor zum endgültigen Abbau der Konfrontation der Systeme und der hinter ihnen stehenden Weltmächte war.